

Magazin-e

Personalverband des Bundes | Association du personnel de la Confédération | Associazione del personale della Confederazione | www.pvb.ch



Welche Zukunft wollen wir für unsere Renten? Seite 10

Quel avenir voulons-nous pour nos rentes? Page 22

Che futuro vogliamo per le nostre rendite? Pagina 31

Vergünstigte Hypotheken für alle PVB-Mitglieder.



Profitieren Sie von vorteilhaften Konditionen auf Festzinshypotheken – auch bei gestaffeltem Bezug. Ihr individueller Zinssatz ist bis zu 12 Monate im Voraus fixierbar. Zudem fallen keine Bearbeitungsgebühren an.

Aktuelle Zinssätze und Terminvereinbarung: [bekb.ch/pvb](https://www.bekb.ch/pvb)

AGENDA 2025!



Pour 2025, les agendas ne seront disponibles que sur commande. Vous voulez le vôtre?

Commandez-le jusqu'au 31 mars 2024 à pvb@pvb.ch ou au 031 938 60 61.

Ab 2025 wird der Taschenkalender nur noch gegen Bestellung erhältlich sein. Sie wollen die Agenda weiterhin beziehen?

Bestellen Sie ihn bis zum 31. März 2024 unter pvb@pvb.ch oder 031 938 60 61.

Inhalt

Editorial: «Mit der Abstimmung für die 13. AHV-Rente haben wir die grosse Chance, die Lebenssituation von Rentner:innen zu verbessern» | Seite 4

#Die Chronik: Das 2024 wird zum Schicksalsjahr der schweizerischen Altersvorsorge. | Seite 4

News aus dem Bundesbaus: News aus dem Parlament | Seite 5

Bundesbaus: Antrittstreffen mit Bundesrat Herr Albert Rösti | Seite 7

ETH-Bereich: Kommt es zu einer Fusion der Forschungsanstalten? | Seite 7

Pensionierte: Was macht der PVB für seine Pensionierten? | Seite 8

Dossier: Welche Zukunft wollen wir für unsere Renten? | Seite 10

Interview: Kreuzinterview zwischen Barbara Gysi, Nationalrätin und Präsidentin des PVB und Doris Bianchi, Direktorin von PUBLICA | Seite 14

Sommaire

Editorial: Avec la votation pour la 13^e rente AVS, nous avons la chance d'améliorer les conditions de vie des retraité-e-s | Page 17

#La chronique: L'année 2024 sera l'année fatidique de la prévoyance vieillesse suisse | Page 17

Actualités du Palais fédéral: Actualités du Parlement | Page 18

Palais fédéral: Rencontre d'entrée en fonction avec le conseiller fédéral M. Albert Rösti | Page 19

Retraité-e-s: Que fait l'APC pour ses retraité-e-s? | Page 20

Dossier: Quel avenir voulons-nous pour nos rentes? | Page 21

Interview: Interview croisée entre Barbara Gysi, conseillère nationale et présidente de l'APC et Doris Bianchi, directrice de PUBLICA | Page 25

Sommario

Editoriale: La votazione per la 13^a mensilità AVS ci offre l'opportunità di migliorare le condizioni di vita delle pensionate e dei pensionati | Pagina 28

#La Cronica: Il 2024 sarà un anno decisivo per la previdenza di vecchiaia in Svizzera | Pagina 28

Dossier: Il 2024 sarà un anno decisivo per la previdenza di vecchiaia in Svizzera. | Pagina 29

Interview: Intervista con Barbara Gysi, consigliera nazionale e presidente dell'APC e Doris Bianchi, direttrice di PUBLICA | Pagina 32



© AdobeStock

Welche Zukunft wollen wir für unsere Renten?

Die kommenden Monate werden entscheiden: Gelingt uns ein kleiner, aber wichtiger Schritt Richtung sozialere Altersvorsorge mit einer 13. AHV-Rente oder setzen sich die gefährlichen Angriffe auf unsere Renten durch?

Seite 10



© Parlamentsdienste

Actualités du Palais fédéral: salaires et retraites

«Pressions à l'encontre du personnel fédéral au sein du Parlement», tel était le titre de cette rubrique dans le dernier magazine. Ces pressions ne se sont pas allégées durant la session d'automne...

Page 18

Interview

La revisione della LPP verrà sottoposta al voto popolare nel 2024. Una parte degli esperti e delle esperte in materia di previdenza per la vecchiaia la ritiene indispensabile per garantire il futuro del secondo pilastro. Altri sostengono che segni l'uscita del secondo pilastro dalle assicurazioni sociali.

Pagina 32



© Fotolia

Mit der Abstimmung für die 13. AHV-Rente haben wir die grosse Chance, die Lebenssituation von Rentner:innen zu verbessern

Die hohe Teuerung, der massive Anstieg der Energiepreise, der Mieten und der Krankenkassenprämien drücken auf die Renten, welche rapide an Kaufkraft verlieren. Die leichte Erhöhung der Löhne um 2,5 Prozent auf dieses Jahr ist nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Die Bemühungen im Parlament, die vollständige Teuerung auf die AHV-Renten auszugleichen, wurde einzig von den linksgrünen Parteien unterstützt. Und von einem Teuerungsausgleich auf den Renten der Pensionskassen können wir weiterhin nur träumen. Bei PUBLICA sind die finanziellen Voraussetzungen dafür nicht gegeben und beim Bundesrat haben wir bis heute ohne Erfolg dafür gekämpft.

Am 3. März 2024 haben wir nun die Chance, mit einem deutlichen Ja an der Urne eine 13. AHV-Rente einzuführen. Was für viele Erwerbstätige Praxis ist, nämlich einen 13. Monatslohn, bleibt den AHV-Rentner:innen bislang verwehrt. Dabei gibt es ganz in unserer Nähe ein positives Beispiel: das Fürstentum Liechtenstein richtet bereits eine 13. AHV-Rente aus.

Für viele Menschen im Rentenalter ist eine 13. Rente bitter nötig, denn sie haben kaum genug für ein anständiges Leben. Viele haben neben der AHV keine oder nur eine geringe Pensionskassenrente. Gerade für die Frauen ist die AHV besonders wichtig, weil sie wegen Teilzeitarbeit und Erwerbsunterbrüchen kaum BVG-versichert sind.

Mit der Abstimmung über die Volksinitiative für die 13. AHV-Rente haben wir nun die grosse Chance, zielgerichtet die Lebenssituation von Rentner:innen zu verbessern und den Kaufkraftverlust der AHV-Renten aufzufangen. Diese Abstimmung kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Der AHV geht es finanziell gut und ab nächstem Jahr fließen ihr zudem zusätzlich 0,3-Mehrwertsteuerprozente zu. Die 13. AHV-Rente ist die günstigste und effizienteste Art der Rentenverbesserung. Denn hier versickern keine Milliarden in der Vermögensverwaltung, wie das bei vielen Pensionskassen passiert.

Am 3. März wird jedoch über zwei Renteninitiativen gleichzeitig abgestimmt. Die andere Vorlage ist aber schlichtweg unsozial und muss bachab geschickt werden. Die Jungfreisinnige-Renteninitiative fordert das Rentenalter 67 und eine automatische Rentenaltererhöhung, welche an die Lebenserwartung gekoppelt ist. Dieser undifferenzierte Automatismus muss unbedingt verhindert werden, denn nicht alle leben automatisch länger. Die Lebenserwartung ist schicht- und bildungsspezifisch unterschiedlich. Personen mit einem niedrigeren Ausbildungsgrad und Beschäftigte in Tieflohnbranchen haben eine geringere Lebenserwartung, sie sollten also früher in Pension gehen können. Eine Rentenaltererhöhung ist darum klar abzulehnen.



Barbara Gysi



#DieChronik

2024 wird zum Schicksalsjahr der schweizerischen Altersvorsorge.

Liebe Mitglieder

Am 3. März liegen den Stimmberechtigten zwei Abstimmungsvorlagen vor: Die Initiative «Für ein besseres Leben im Alter» der Gewerkschaften und linken Parteien fordert eine 13. AHV-Rente. Gleichzeitig stimmen wir über die Renteninitiative der Jungfreisinnigen ab. Gegensätzlicher könnten die beiden Vorlagen nicht sein. Während die eine Vorlage einen längst notwendigen Ausbau der Altersvorsorge fordert, ist die Vorlage der Jungfreisinnigen eine neoliberale Abbauvorlage, die sondergleichen sucht. Dies in Zeiten einer Teuerung bei den lebensnotwendigen Gütern, welche Rentner:innen mit kleinen und auch mittleren Renten täglich mehr zu schaffen macht. Der AHV wird von rechtsbürgerlichen Parteien bis weit in die Mitte schon länger der Bankrott vorausgesagt und ich bin gespannt mit welchen abstrusen Argumenten sie im Abstimmungskampf kommen werden, um die AHV schlechtzureden. Die Lage der solidarischsten Sozialversicherung Europas war nie auch nur annähernd so dramatisch, wie dies die rechten Parteien mit der Versicherungs- und Bankenlobby in ihren düsteren Prognosen der Bevölkerung weiszumachen versuchten. Insbesondere tiefe und



mittlere Rentenbezüger:innen sind immer abhängiger von der AHV, da die Renten der Pensionskassen weiter sinken.

Ebenfalls im kommenden Jahr erwartet uns der Abstimmungskampf zum BVG-Referendum. Der PVB hat zusammen mit dem SGB und politischen Verbündeten das Referendum dagegen ergriffen und über 140 000 Unterschriften gesammelt. Nötig wurde dieser Schritt, nachdem sich die rechtsbürgerlichen Parteien mithilfe der Mitte des Parlamentes über den Kompromiss zwischen den Sozialpartnern hinweggesetzt hatten. Für eine ausgewogene und nachhaltige Revision der 2. Säule müssen wir die aktuelle Vorlage an der Urne versenken.

Nach den nationalen Wahlen und der Stärkung der SVP blicken wir umso gespannter auf ein Jahr voller gewerkschaftlich relevanter Abstimmungsvorlagen. Jetzt braucht es uns alle, um unsere Familien, unsere Freund:innen und unser gesamtes Umfeld zu überzeugen, der 13. AHV-Rente zuzustimmen. Unsere Argumente dazu sind im Dossier dieses Magazins zu finden. Ich danke Ihnen für Ihren Einsatz für eine ausgewogene Altersvorsorge!

Jérôme Hayoz,
Generalsekretär PVB



© Parlamentsdienste

News aus dem Bundeshaus und der Bundespolitik

«Ein rauer Wind weht dem Bundespersonal aktuell aus dem Bundeshaus entgegen», war der Titel dieser Rubrik im letzten Magazin. Auch in der Herbstsession ist dieser raue Wind nicht abgeflaut.

Besonders beunruhigend waren zwei Motionen der SVP, welche die Arbeitsbedingungen des Bundespersonals grundlegend angefochten haben. Mit den Motionen forderte die SVP die Abschaffung des Kündigungsschutzes und des Bundespersonalgesetzes (BPG) insgesamt. Diese Angriffe auf die Rechte der Arbeitnehmenden sind skandalös. Dank den Gesprächen und Appellen des PVB und dem unermüdlichen Einsatz unserer Präsidentin Barbara Gysi ist es uns gelungen, diese Vorstösse mit einer deutlichen Mehrheit zu versenken. Unsere Bilanz ist – trotz diesen Erfolgen – durchgezogen und die Situation im Parlament bleibt angespannt.

Nachfolgend ein Überblick über die jeweiligen Themen und die Diskussionen im Parlament:

SVP verbreitet Falschaussagen zum Kündigungsschutz

Die erste Motion (22.3962 Mo. Fraktion V. Aufhebung des Kündigungsschutzes im Bundespersonalrecht) stellte den Kündigungsschutz des Bundespersonals in Frage. Wir sind schockiert über die dreisten Falschaussagen der SVP zum geltenden Bundespersonalrecht (BPG) und dem Obligationenrecht (OR). Wir nutzen die Gelegenheit, um die Differenz zwischen dem Kündigungsschutz nach OR und BPG hier kurz darzulegen:

Der grösste Unterschied liegt darin, dass der Bund nicht grundlos und nach eigenem Gutdünken ein Arbeitsverhältnis auflösen kann, sondern die Kündigung in Form einer Verfügung schriftlich begründen muss. Dafür müssen ausreichend sachliche Gründe vorliegen. Diese Verfügung kann von den Betroffenen beim

Bundesverwaltungsgericht angefochten werden. In der Privatwirtschaft übernehmen Arbeitsgerichte diese Funktion. Entgegen der Behauptung der SVP ist nach erfolgloser Mahnung eine Kündigung möglich. Dies bei ungenügender Leistung, ungenügendem Verhalten, Verletzung von vertraglichen Pflichten oder aus anderen sachlichen Gründen. Das ermöglicht die Kündigung von fehlbaren Angestellten ohne zusätzliche Auflagen. Weiter entsprechen auch die Regelungen für eine fristlose Kündigung dem OR.

Im Verlauf der Parlamentsdebatte stellte sich heraus, dass SVP-Nationalrat Strupler, welcher die Motion eingereicht hatte, nicht nur das BPG fehlerhaft wiedergab, sondern Falschaussagen zum OR tätigte. Entgegen seinen Aussagen haben Arbeitnehmende auch in der Privatwirtschaft das Recht, eine schriftliche Begründung der Kündigung zu erhalten.

Angesichts der unsachlichen und falschen Behauptungen seitens der SVP sind wir besonders froh, dass die SVP keine einzige Stimme ausserhalb der eigenen Fraktion erhalten hat.

Der Nationalrat hat die Motion mit 123 Nein zu 55 Ja, bei 14 Enthaltungen abgelehnt. Die Motion wurde nur von der SVP-Fraktion unterstützt. Die meisten Enthaltungen kamen aus den Reihen der FDP und der Grünliberalen.

Weder BPG noch GAV für das Bundespersonal, so sieht die Welt der SVP aus

Die zweite Motion der SVP-Fraktion ging noch viel weiter und verlangte die Aufhebung des Bundespersonalgesetzes (22.3963 Mo. Fraktion V. Aufhebung des Bundespersonalgesetzes). Der undifferenzierte Vergleich zwischen Obligationenrecht (OR) und Bundespersonalgesetz (BPG) ist irreführend, das ist allen Ken-

ner:innen des Arbeitsmarktes, ob links oder rechts, klar. Denn rund die Hälfte der Arbeitnehmenden in der Schweiz sind Gesamtarbeitsverträgen (GAV) unterstellt, welche die Arbeitsbedingungen über das OR hinaus regeln. Dasselbe gilt für die meisten Betriebe, die ihre Arbeitsbedingungen nur in einem Personalreglement regeln. Für die ehemaligen Regiebetriebe des Bundes, wie SBB, Swisscom, Post, gilt sogar eine GAV-Pflicht. Es wäre daher mehr als paradox, wenn der Bund sein eigenes Personal zukünftig nach OR-Minimum anstellen würde. Für die tieferen und mittleren Einkommen des Bundespersonals würde dies mit einer Prekarisierung ihrer Arbeit einhergehen. Auf dem Arbeitsmarkt wäre der Bund nicht mehr konkurrenzfähig. Denn gerade die in den Motionen aufgeführten Anstellungsbedingungen wie die Ferienregelungen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder moderne Arbeitszeitregelungen finden sich auch bei grösseren Arbeitgebern in der Privatwirtschaft in ähnlicher Form. Auf die Frage von PVB-Präsidentin Barbara Gysi, ob die Motionär:innen dann bereit wären, einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Bundespersonal einzuführen, antwortete SVP-Nationalrat Mike Egger salopp, dass es dies in der Privatwirtschaft auch nicht brauche und es funktioniere. SVP-Nationalrat Egger hat offensichtlich keine Ahnung vom Erfolgsmodell Sozialpartnerschaft und vielleicht sollte er die Arbeitnehmenden der Wirtschaftsbereiche ohne GAV fragen, wie sie aus ihrer Sicht die Arbeitsbedingungen bewerten. Wie weit weg Herr Nationalrat Egger von der Realität der Bundesangestellten entfernt ist, zeigt seine Aussage, dass die Betroffenen im VBS und Grenzschutz, wohlverstanden jene, die am stärksten von einer OR-Anstellung betroffen wären, dies schon verstehen würden und eine Angleichung an die Privatwirtschaft sicher nachvollziehen könnten.

Der Nationalrat hat die Motion mit 131 Nein zu 51 Ja, bei 14 Enthaltungen abgelehnt. Die Motion wurde nur von der SVP-Fraktion unterstützt, wenige haben sich sogar enthalten. Die meisten Enthaltungen kamen aus den Reihen der FDP und der Grünliberalen.

Ein Vergleich der Arbeitsbedingungen des öffentlichen und des privaten Arbeitsmarktes scheut der PVB prinzipiell nicht

Eine neue Vergleichsstudie zwischen den Arbeitsbedingungen des privaten und öffentlichen Sektors

begrüssst der PVB grundsätzlich, da damit verschiedene Vorurteile und Klischees gegenüber den Bundesangestellten entkräftigt werden können. Dennoch konnten wir das Postulat von FDP-Nationalrat Nantermod nicht unterstützen (23.3070 Po. Nantermod. Öffentlicher und privater Arbeitsmarkt. Analyse der Bedingungen und Bekämpfung von unlauteren Praktiken des öffentlichen Sektors). Der Wortlaut des Postulats war voreingenommen und implizierte negative Stereotype vom öffentlichen Sektor. Das konnten die Personalverbände als Interessenvertretung der Bundesangestellten nicht unterstützen. Wenn das Ziel und der Auftrag der Analyse eine neutrale Auslegeordnung und ein Vergleich ohne politischen Auftrag wäre, könnte der PVB dahinterstehen. Wir vertrauen dem Bundesrat und dem eidgenössischen Personalamt (EPA), dass der Auftrag entsprechend ausfällt. Dies hat während der Debatte Frau Bundesrätin Keller-Sutter auf eine Frage von PVB-Präsidentin Barbara Gysi auch bestätigt. Der Nationalrat hat die Motion mit 126 Ja zu 67 Nein bei keinen Enthaltungen überwiesen. Die Motion wurde hauptsächlich von der SP und den Grünen bekämpft und abgelehnt.

Der Bundesrat und der Nationalrat wollen nicht mehr Lohntransparenz bei Stelleninseraten

Die SP-Nationalrätin Min-Li Marti hat in einer Motion mehr Lohntransparenz bei Stelleninseraten des Bundes verlangt (22.4443 Mo. Marti Min-Li. Lohntransparenz bei Stelleninseraten. Vorbildfunktion des Bundes und der öffentlichen Betriebe). Es ist allgemein bekannt, dass Lohntransparenz per se die Lohndiskriminierung schmälert. Eine Lohntransparenz bei Stellenausschreibungen hätte der PVB sehr begrüsst. Der Bund publiziert bereits teilweise bei internen Stellenausschreibungen die Lohnklassen und es ist unverständlich, warum diese Handhabung nicht auf die gesamte Bundesverwaltung ausgeweitet und auch bei externen Ausschreibungen gemacht wird. Lohntransparenz ist nicht nur ein wirksames Mittel gegen jegliche Art von Lohndiskriminierung. Transparente Lohnsysteme, die als gerecht empfunden werden, sorgen nachweislich für eine höhere Personalfriedenheit.

Der Nationalrat hat die Motion mit 83 Ja zu 102 Nein, bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Die Motion wurde hauptsächlich von der SP und den Grünen unterstützt.

Antrittstreffen mit Bundesrat Herr Albert Rösti



© Parlamentsdienste

Am Freitag, 13. Oktober, fand eine Antrittsbesprechung mit dem neuen Vorsteher des UVEK, Bundesrat Albert Rösti, statt. In einem offenen und konstruktiven Austausch wurden die aktuellen personalpolitischen Geschäfte sowie die personalpolitischen Strategien des neuen Departementschefs diskutiert. Insbesondere sein Auftrag an die Ämter zu prüfen, wie ein Handlungsspielraum von 10% geschaffen werden kann, warf viele Fragen auf. Die PVB-Delegation konnte feststellen, dass Bundesrat Rösti damit keinen Personalabbau beabsichtigt, sondern lediglich Spielraum für neue Aufgaben schaffen will. Der PVB hat aber auch darauf hingewiesen, dass dies trotzdem Auswirkungen auf das Bundespersonal haben kann, wenn «alte» Aufgaben wegfallen und neue hinzukommen. Wir erwarten deshalb vom Bundesrat, dass er solche Veränderungen mit der nötigen Sorgfalt angeht und umsetzt. Bundesrat Rösti hat uns versichert, dass es ihm sehr wichtig ist, solche Fragen behutsam anzugehen und dafür Akzeptanz zu schaffen.

Teilnehmende von links nach rechts:
Bettina Schaar (HR-Leiterin UVEK), Jérôme Hayoz (Generalsekretär PVB), Albert Rösti (Bundesrat), Barbara Gysi (Präsidentin PVB) und Kaspar Müller (Stv. Generalsekretär UVEK)

ETH-Bereich

Kommt es zu einer Fusion den Forschungsanstalten?

Die Idee einer Fusion mehrerer Forschungseinrichtungen des ETH-Bereichs steht wieder zur Diskussion. Eine Zusammenschliessung von Eawag und WSL wurde bereits im Jahr 2020 angedacht, wurde aber aus verschiedenen Gründen wieder verworfen.

Der Bundesrat hat nun den ETH-Rat beauftragt, zu prüfen, ob die Organisationsstruktur des ETH-Bereichs mit der Verschärfung des internationalen Forschungswettbewerbs und den künftigen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen in neuen Forschungsfeldern Schritt halten kann.

Die wissenschaftliche Gemeinschaft ist der Ansicht, dass die derzeitige Struktur weltweit einzigartig ist und gut funktioniert. Der ETH-Bereich besteht aus den zwei Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Zürich (ETH Zürich) und in Lausanne (EPFL) sowie den vier Forschungsanstalten Paul Scherrer Institut (PSI), Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) und Eidgenössische Forschungsanstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag). Die Komplementarität der Institutionen und insbesondere deren Autonomie werden allgemein geschätzt. Doch wie sieht die Zukunft aus?

Der ETH-Rat prüft derzeit das Verbesserungspotenzial des bestehenden Modells. Eine diesbezüglich einberufene Arbeitsgruppe, in der alle Institutionen vertreten sind, erarbeitet eine Struktur, die der Schweiz in Zukunft bestmöglich dienen kann. Es werden verschiedene Optionen analysiert, darunter auch die Fusion von allen oder nur spezifischen Forschungsanstalten. Dem Bundesrat soll im Laufe des Jahres 2024 ein Vorschlag unterbreitet werden. Die Entscheidung, ob eine Forschungsanstalt des ETH-Bereichs geschaffen oder aufgelöst wird, liegt jedoch beim Parlament.

Der Präsident des ETH-Rats, Prof. Dr. Michael O. Hengartner, kann gegenwärtig noch nicht sagen, wie sich eine strukturelle Veränderung auf die Mitarbeitenden auswirken wird. Er verspricht jedoch, die Sozialpartner:innen einzubinden, sobald das Projekt weiter fortgeschritten ist. Der PVB wird die Entwicklungen weiterhin aufmerksam verfolgen.

Luc Pytbon



PVB

Was macht der PVB für seine Pensionierten?

Der PVB hat in der zweiten Hälfte dieses Jahres mehrere Veranstaltungen für Mitglieder kurz vor und in der Pension durchgeführt.

Hier sehen Sie das vergangene Programm:

Am 7. September hat Frank Pflirter zu einem Erfahrungsaustausch für Pensionierte eingeladen. Von Teilpensionierten bis zu Personen, die seit über zwei Jahrzehnten den (Un)ruhestand geniessen, bildeten die Teilnehmer:innen ein breites Spektrum an Lebensrealitäten ab. Es entstand ein spannender Austausch mit angeregten offenen Diskussionen. Zwischendurch lockerten gemeinsame Bewegungspausen die Runde auf, die sich danach wieder erfrischt den aktuellen Fragen widmete: Wie motiviere ich mich nach der Pensionierung, wie erstelle ich eine Routine? Was habe ich noch vor und wie plane ich? Besonders geschätzt wurde der Austausch zwischen den Pensionierten. Nach dem positiven Feedback der Teilnehmer:innen werden wir diese Veranstaltung erneut anbieten.

Am 25. September fand am 75-jährigen Jubiläum der AHV die Kundgebung für ein JA zur 13. AHV-Rente statt. An diesem Datum wurde lautstark daran erinnert, dass die AHV den Verfassungsauftrag hat, den Existenzbedarf angemessen zu decken und dass die AHV-Renten der Preisentwicklung angepasst werden müssen. Diese Angleichung wurde aber im Frühling durch das Parlament abgelehnt, trotz der Inflation. Die Demonstration wurde mit der Mithilfe des PVB und einem breiten Pensionierten-Bündnis aus den SGB-Gewerkschaften organisiert. Unsere Präsidentin Barbara Gysi hat mit ihrer Rede die Veranstaltung eröffnet. Sie erinnerte daran, dass die AHV stabil finanziert ist: «Darum ist die 13. AHV-Rente die rascheste und wirksamste Rentenverbesserung, die wir jetzt anpacken können. Und: keine andere Rentenverbesserung ist günstiger zu haben. Wir müssen die AHV stärken und ausbauen. Sagen wir darum JA zur 13. Rente!» Es waren über 1000 Personen in Bern anwesend. Das ist ein deutliches Zeichen an das Parlament! Der PVB wird sich weiterhin für die Verbesserung der Renten einsetzen.

Am 18. Oktober hat der Kurs für die Vorbereitung zur Pensionierung stattgefunden. Auch dieses Jahr standen die rechtlichen und finanziellen Aspekte im Vordergrund und die rund 30 Anwesenden konnten den Referierenden ihre Fragen stellen. Herr Baumann von der Kanzlei von Graffenried und Herr Affolter von Glauser+Partner sind langjährige Partner des PVB und ihre Expertise wird von den Teilnehmenden sehr geschätzt. Das Programm wurde, wie jedes Jahr, durch eine Auflockerungsgymnastik und einem Erfahrungsbericht von Frank Pflirter abgerundet.

Am 8. November führte der PVB die Veranstaltung «Wann kommt der Teuerungsausgleich?» mit unserer Präsidentin Barbara Gysi und der Direktorin der Publica Doris Bianchi durch. Wir wollten damit unseren pensionierten Mitgliedern die Möglichkeit geben, Fragen zu stellen und auch ihren Unmut über die Renten zu äussern. Der Anlass wurde rege besucht und die Anwesenden haben den Nachmittag genutzt, um Frau Bianchi mit ihrer aktuellen Situation zu konfrontieren. Die Renten bleiben eine politische Angelegenheit! Das Parlament verlangt, dass diese trotz Zinswende weiter gesenkt werden sollen. Der PVB leistet hier viel Lobbyarbeit und setzt sich dafür ein, dass die Kaufkraft der Pensionierten gestärkt wird.

Norma Giannetta

Was bringt Ihnen das neue Datenschutzgesetz?

Auf den 1. September ist das überarbeitete Datenschutzgesetz in Kraft getreten. Es verstärkt den Schutz Ihrer persönlichen Daten, die Sie unter anderem auch dem PVB zur Verfügung stellen.

Die neuen Anforderungen hat das Verbandssekretariat mit verschiedensten Massnahmen umgesetzt. Was aber bedeutet das konkret für Sie? Auf unserer Webseite haben wir Ihnen zu diesen Themen wichtige Inhalte publiziert.

Cookie-Banner

Jede Person, die auf unserer Webseite surft, kann die eingesetzten Cookies deaktivieren. Der PVB hat den höheren Schutzstandard der EU übernommen.

Allgemeine Datenschutzerklärung

Die allgemeine Datenschutzerklärung informiert Sie, welche Personendaten der PVB zu welchem Zweck erhebt und an wen er diese weitergibt. Wir lassen diese Erklärung regelmässig überprüfen und aktualisieren.

Erweiterte Datenschutzerklärung

In dieser Erklärung sorgen wir für vollständige Transparenz. Sie können sich darüber informieren, welche Daten ganz konkret vom PVB erhoben bzw. gesammelt werden. Sie zeigt Ihnen zudem auf, wie der Datenaustausch mit unseren Partner:innen, die Ihnen Rabatte oder Vergünstigungen gewähren, sowie mit den Arbeitgeber:innen funktioniert.

Einwilligung zur Datennutzung

Sie bestimmen, wie der PVB Ihre Daten nutzen darf. Dafür steht Ihnen auf der Webseite unter «Datenverwendung» ein Formular zur Verfügung. Damit können Sie uns jederzeit Ihre Wünsche mitteilen. Personen, die dem PVB beitreten wollen, müssen diese Angaben verbindlich angeben.

Auskunftspflicht

Sie haben das Recht, eine schriftliche Auskunft über Ihre vom PVB gesammelten Daten einzufordern.

Recht auf Vergessen

Wenn Sie aus dem PVB austritt, was wir natürlich nicht hoffen, können Sie die vollständige Löschung Ihrer Daten beantragen. Die Daten werden entweder gelöscht bzw. in Fällen, wo wir gewisse Informationen für statistische Zwecke weiternutzen müssen, anonymisiert.

Vorgehen

Sowohl die Auskunftspflicht wie das Geltendmachen des Rechts auf Vergessen müssen Sie beim PVB schriftlich beantragen. Der PVB benötigt zu Ihrer Identifikation eine Kopie der Identitätskarte oder eines anderen offiziellen Dokuments.

Markus Brügger, Leiter Ressourcen

PVB / APC

C'est quoi ton job? Was ist dein Job?

Interview: Mélanie Glayre

Pour ce numéro, la rédaction du Magazine souhaite faire découvrir aux membres de l'APC et aux intéressé-e-s le travail de nos secrétaires d'association. Nous vous proposons une interview croisée entre Norma Giannetta et Luc Python.



Qui es-tu? Wer bist du?

Norma Giannetta und Luc Python. Wir sind beide Verbandssekretär:innen beim PVB und sind Ansprechperson für Mitglieder. Wir pflegen die Sozialpartnerschaft in verschiedenen Ämtern der Bundesverwaltung und Institutionen der bundesnahen Betriebe, sowie im ETH-Bereich.

Depuis quand travailles-tu à l'APC?

Seit wann arbeitest du beim PVB?

Luc Python ist sehr erfahren und arbeitet seit 2011 beim PVB. Norma Giannetta kam im 2020 während der Covid-Pandemie dazu.

En quoi consiste ton travail quotidien? Worin besteht deine tägliche Arbeit?

LP: Hier par exemple, j'ai eu une rencontre avec la direction d'une institution de la Confédération. Le personnel est très mécontent de la gestion faite par un chef de division. La confiance est rompue. L'APC

se fait le porte-parole du personnel auprès de la direction afin de trouver une solution réaliste et humaine pour toutes les parties. Quelques jours auparavant, j'ai organisé une réunion avec le personnel de cette unité pour connaître les problèmes et évaluer la gravité de la situation. J'en ai profité pour donner des conseils juridiques individuels à plusieurs membres de l'APC.

NG: Diese Woche habe ich mich mit einer PVB-Gruppe in einem Amt getroffen und wir haben uns ausgetauscht und zukünftige Aktivitäten geplant. Ich plane auch eine Weiterbildung für unsere aktiven Mitglieder. Ein grosser Teil meiner Arbeit besteht darin, die Mitglieder zu beraten, im Moment sind die Jahresendgespräche ein Thema und ich werde einige Mitglieder zur Differenzbereinigung begleiten. Gegen Ende des Jahres werde ich viele Sozialpartnergespräche mit den Direktionen und HR der Ämter und Institutionen führen.

Qu'est ce qui te plaît dans ton travail? Was motiviert dich bei deiner Arbeit am meisten?

LP: J'aime la diversité de mon travail. J'apprécie aussi beaucoup la variété des contacts avec les membres qui travaillent aussi bien dans l'administration fédérale qu'au sein du domaine des EPF, qui sont des environnements très différents.

NG: Ich schätze den direkten Austausch mit unseren Mitgliedern und plane gerne mit ihnen Aktionen und Weiterbildungen bzw. Veranstaltungen.

Quel futur vois-tu pour ton travail? Welche Zukunft siehst du für deine Arbeit?

LP: je pense que dans le futur, le travail restera fondamentalement le même. Il y a un besoin très grand de la part des membres de trouver des conseils auprès de spécialistes compétent-e-s. Ce besoin va en grandissant.

NG: Wir werden in Zukunft weiter mit Herausforderungen und Angriffen konfrontiert werden, darum sind für uns die aktiven Mitgliedern am Arbeitsplatz sehr wichtig. Daher setze ich meinen Fokus auf die direkte Arbeit mit den Mitgliedern, damit wir zusammen die Forderungen durchsetzen können. Der PVB wird sich auch weiterentwickeln und sich den Bedürfnissen der Arbeitnehmenden anpassen und die neuen Thematiken der komplexen Arbeitswelt annehmen müssen. Nur so bleiben wir am Puls der Zeit und können die Anliegen unserer Mitglieder vertreten.

Selon toi, quel est le rôle de l'APC par rapport à l'évolution du monde du travail? Welche Rolle spielt der PVB deiner Meinung nach heute für die Arbeitswelt von morgen?

LP: Défendre les employé-e-s et leurs conditions de travail restera toujours le travail de base de l'APC.

NG: Der PVB setzt sich heute für die guten Arbeitsbedingungen von morgen ein. Wir verteidigen die Rechte der Arbeitnehmenden. Insieme siamo più forti.



Altersvorsorge am Wendepunkt: welche Zukunft wollen wir für unsere Renten?

Gabriela Medici, SGB

Die kommenden Monate werden entscheiden: Gelingt uns ein kleiner, aber wichtiger Schritt Richtung sozialere Altersvorsorge mit einer 13. AHV-Rente oder setzen sich die gefährlichen Angriffe auf unsere Renten durch? Denn die Banken und Arbeitgeber:innen drohen mit einer Rentenaltererhöhung auf 67 und einem weiteren Abbau der Pensionskassen-Renten. Sie werden keinen Aufwand scheuen, dies durchzusetzen. Im ersten Halbjahr 2024 kommen drei Vorlagen zur Altersvorsorge zur Abstimmung. Der Ausgang dieser Urnengänge wird die weitere Entwicklung der Renten in der Schweiz entscheidend beeinflussen.

Problematische Rentensituation

Wenn es um Rentenpolitik geht, wird oft über den Reformstau geklagt, der überwunden werden müsse. Doch der Reformstau hat nichts damit zu tun, dass die Stimmbevölkerung sich nicht den Realitäten stellen will oder verantwortungslose Pfründe vergangener Generationen verteidigt. Die Bevölkerung will schlicht Renten, mit denen man nach einem Arbeitsleben auch anständig leben kann. Rentenpolitik erfüllt deshalb keinen Selbstzweck – sondern muss sich am Ziel einer fairen und effizienten Altersvorsorge orientieren. Genau das ist immer weniger der Fall.

Mittlerweile muss die Hälfte aller Neurentner:innen in der Schweiz mit weniger als 3500 Franken pro Monat durchkommen – AHV und Pensionskasse zusammengerechnet. Dass die Renten heute zu tief sind, ist unbestritten. Die Frage ist: Wie wird die Rentenlücke gefüllt? Und spielt das Preis-Leistungs-Verhältnis und die Solidarität hierbei eine Rolle? Gerade für Personen mit unteren und mittleren Einkommen stehen diese Fragen im Zentrum. Sollen sich auch Gutverdienende und die Arbeitgeber an der Finanzierung des Lebensabends beteiligen – so wie dies immer vorgesehen war – oder wird die grosse Mehrheit der Bevölkerung in ihrer prekären Lage alleine gelassen?

Die Ursachen für die zu tiefen Renten liegen einerseits bei den Löhnen. Ein Viertel der Berufstätigen mit einer Lehre verdient heute weniger als 5000 Franken pro Monat – selbst bei einem Vollzeitpensum. Darunter viele Frauen in verantwortungsvollen Jobs in den Bereichen Pflege und Betreuung. Gleichzeitig öffnet sich die Lohnschere enorm. Insbesondere Eltern – und weiterhin vor allem Mütter – verlieren aufgrund fehlender oder teurer Kinderbetreuungsstrukturen Erwerbsmöglichkeiten und Einkommen. Sie haben in der Konsequenz auch tiefe Renten.

Unsere Altersvorsorge wurde früher sogar im internationalen Vergleich gelobt. Heute kann sie nur noch damit punkten, den Topverdiener:innen Frühpensionierungen mit Höchstrenten zu sichern. Es überrascht nicht, dass die grossen Rentenunterschiede in diesem Kontext für Unmut sorgen und Abbauvorlagen starker Gegenwind entgegenschlägt. Denn obwohl der Wohlstand unserer Gesellschaft steigt, sinkt die Solidarität in der Altersvorsorge. Die schleichende Privatisierung der Altersvorsorge beschleunigt sich laufend. Anders als vorgesehen, kann von einer AHV-Rente alleine in der Schweiz heute niemand leben. Sie liegt heute im Durchschnitt bei 1800 Franken im Monat. Das ist viel tiefer als das Existenzminimum in der Schweiz und unterbietet auch die schon sehr tiefen Ansätze in der Sozialhilfe. Und die Situation verschlechtert sich zunehmend, weil die Renten seit über 50 Jahren nie mehr voll an die Lohnentwicklung angepasst wurden. Wäre die durchschnittliche AHV-Rente gemessen am heutigen Durch-

schnittslohn gleich hoch wie 1975, würde sie heute 500 Franken höher liegen – pro Monat. Dieser Abbau bei der AHV ist schon lange im Gang.

Die Entwicklungen des letzten Jahrzehnts in den Pensionskassen sind für die Arbeitnehmenden noch dramatischer. Während ihre Beiträge an die Pensionskasse steigen, sinken die Leistungen, welche sie von den Kassen zurückerhalten. Konkret sind im letzten Jahrzehnt die Lohnbeiträge an die 2. Säule um über 10 Prozent gestiegen, die durchschnittlichen Umwandlungssätze um knapp 20 Prozent gesunken und die Altersguthaben nur tief verzinst worden. Die Unterschiede in den Pensionskassen sind dabei gross: während autonome Kassen häufig gute Verzinsungen beschlossen, erhielten Arbeitnehmende von den Versicherenden nur das absolute Minimum – im Rekordbörsenjahr 2021 waren es gerade einmal 0.15 Prozent auf den überobligatorischen Guthaben. Auch die Pensionskasse des Bundes PUBLICA war von diesen Entwicklungen stark betroffen. Folge: Die Pensionskassen-Renten sinken seit mehreren Jahren. Besonders markant zeigt sich dies bei den Neurentnern. Die mittlere Neurente der Männer war 2021 pro Monat über 200 Franken tiefer als 2015.

Gleichzeitig ist die 2. Säule längst auch ein lukratives Geschäftsmodell für Vermögensverwalter:innen, Vermittlungsagenturen, PK-Expert:innen und Versicherungen geworden. Banken beispielsweise schüren die Ängste der Arbeitnehmenden vor zu tiefen Renten weiter, um damit mit ihren Produkten in der 3. Säule gutes Geld zu verdienen. Dabei ist klar, dass es in der 3. Säule keine lebenslangen Renten gibt.

Neue Ausgangslage

Seit Anfang 2022 hat sich die Ausgangslage nochmals stark zugespitzt. Die Rückkehr der Teuerung führt zu einer weiteren Herausforderung. Nach einer Jahressteuerung von knapp 3 Prozent im letzten, werden im laufenden Jahr und auch 2024 rund 2 Prozent Inflation erwartet. Zusammen mit den drastisch steigenden Krankenkassenprämien im selben Zeitraum droht Rentner:innen-Haushalten bis 2024 ein Kaufkraftverlust von über einer gesamten Monatsrente. In der AHV gibt es zwar alle zwei Jahre eine Anpassung der Renten, doch die letzte Anpassung gleich nicht einmal die Teuerung voll aus – und die nächste kommt nicht vor 2025. Die Pensionskassen können zwar einen Teuerungsausgleich beschliessen, doch für Rentner:innen in Sammelstiftungen wie PUBLICA sind Teuerungsausgleiche sogar gesetzlich ausgeschlossen, solange die Reserven nicht prall gefüllt sind. Nach den hohen Buchverlusten des letzten Jahres gilt das nur für wenige Pensionskassen. Damit wird deutlich, was bereits in den 70er-Jahren vorhergesehen wurde: ein systemweiter Teuerungsausgleich in der 2. Säule funktioniert nur, wenn er solidarisch getragen wird.



© AdobeStock



© AdobeStock

Nicht nur die Preise, auch die Zinsen sind seit rund einem Jahr entscheidend gestiegen. Diese Entwicklung führt zu einer Stabilisierung der 2. Säule. Doch die Zinswende ist bei den Versicherten bis jetzt nicht angekommen. Im Gegenteil: die Umwandlungssätze und die Renten sind auch dieses Jahr weiter gesunken bzw. werden per 2024 weiter sinken. Die gewerkschaftliche Forderung, Senkungspfade zu sistieren, wurde nicht realisiert. Tatsächlich haben wir zwar sicherere Kassen als je, aber bei den Versicherten kommt immer weniger an. In verschiedenen Pensionskassen wird aktuell diskutiert, ob bzw. wie die Leistungen für die Versicherten verbessert werden können, auch bei PUBLICA. Das ist grundsätzlich positiv – birgt aber neue Herausforderungen. Denn nicht alle Versicherten sind von den geschilderten Entwicklungen gleich betroffen. Am stärksten betroffen sind ältere Erwerbstätige über 55 Jahre und Neurentner:innen. Jüngere Erwerbstätige sind weniger betroffen. Sie beginnen erst, ihr Alterskapital aufzubauen. Die tiefere Verzinsung spielt deshalb eine kleinere Rolle. Auch die Beiträge sind noch tiefer, weil die Lohnbeiträge mit dem Alter steigen und der versicherte Lohn in den jungen Jahren tiefer ist als später. Für sie ist vor allem die künftige Zins- und Renditesituation entscheidend.

Zeit für sinnvolle Zukunftsperspektive

Heute wird die Altersvorsorge zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Doch das Versprechen, von der Rente würdig leben zu können, wird von Arbeitgeber:innen und der bürgerlichen Mehrheit im Parlament weitgehend ignoriert. Anstatt die immer grösser klaffende Rentenlücke zu schliessen, wollen die Arbeitgeber:innen, die Banken und ihre Lobbyist:innen im Parlament das Problem sogar noch verschärfen: mit der Erhöhung des Rentenalters auf 67 und einer weiteren Senkung der Pensionskassen-Renten. Damit wird klar: die grossen Verteilungsfragen stellen sich heute in der Altersvorsorge. Leistet sich die reiche Schweiz eine anständige, solidarische Altersvorsorge? Oder setzen sich die Banken und Versicherungen mit der von ihnen gewünschten weiteren Privatisierung der Altersvorsorge über den Ausbau der 3. Säule durch? In einer solchen Welt könnten sich nur Topverdiener:innen eine gute Altersrente leisten – allen anderen drohen tiefe Renten und Bedarfsleistungen.

Umfragen zeigen dabei regelmässig: die ungenügende Rentensituation brennt vielen unter den Fingern. Der SGB bleibt überzeugt: Wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine gute Rente. Dazu braucht es einen Ausbau der AHV, der die aktuellen Probleme entschärfen kann. Eine 13. AHV-Rente würde einen gerechten, raschen und bezahlbaren Beitrag zur Verbesserung der Renten leisten. Doch leider sind die grossen Vorteile der AHV viel zu wenig bekannt. Viele meinen, die AHV habe finanzielle Probleme, obwohl sie ein Vermögen von 40 Milliarden Franken besitzt und künftig Jahr für Jahr rund 1.5 Milliarden Überschuss machen wird. Doch die Banken reden die AHV schlecht, weil sie hier kein Geld verdienen. Selbst die UBS musste vor der Sommerpause zugeben, dass die AHV

mit einer bescheidenen Erhöhung der Lohnbeiträge um 0.7 Prozent für Jahrzehnte finanziell im Gleichgewicht sei. Und das auch, wenn die Arbeitnehmenden weiterhin mit 65 in Rente gehen können. In der Vergangenheit stiegen die Reallöhne um knapp 1 Prozent pro Jahr. Das bedeutet, dass eine stabil finanzierte AHV nicht einmal eine Lohnerhöhung kosten würde. Dies wird dank des genialen Finanzierungsmechanismus der AHV möglich. Denn Topverdiener:innen zahlen auf ihren Millionensalären voll in die AHV ein. Dieses Geld geht an die Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen. So beteiligen sich die reichsten 10 Prozent an den Renten der Menschen mit niedrigeren Einkommen. Darauf setzt die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente. Gemessen an der mittleren AHV-Rente bedeutet sie eine Rentenverbesserung von rund 150 Franken pro Monat – und zwar für alle heutigen wie auch alle zukünftigen Rentner:innen. Sie knüpft auch direkt am bewährten System der Erziehungs- und Betreuungsgutschriften an und stärkt damit die Berücksichtigung der unbezahlten Arbeit in der Altersvorsorge – und dies, ohne die Kosten für Personen mit tiefen und mittleren Einkommen, deren Kaufkraft aufgrund sinkender Reallöhne und steigender Lebenskosten bereits arg unter Druck ist, weiter unnötig in die Höhe zu treiben.

Auch in der 2. Säule braucht es mehr statt weniger Solidarität. Dazu steht in einem ersten Schritt die Abwehr weiterer Abbaumassnahmen an. Denn die vom Parlament beschlossene Reform der 2. Säule führt zu einem drastischen Anstieg der Lohnbeiträge – teilweise um bis zu 8 Prozent – an die krisenanfälligen Pensionskassen ohne Teuerungsausgleich. Während die garantierten Renten um bis zu 270 Franken pro Monat sinken sollen. Und dies notabene, ohne die lukrativen Gewinnmöglichkeiten der Privatassekuranz und Broker:innen oder die Steeroptimierungsmöglichkeiten für Topverdiener:innen in der 2. Säule anzutasten. Und während die Teuerung und der Prämienchock das Kaufkraftproblem auch für die Rentner:innen drastisch verschärft, setzt das Parlament auf eine Pensionskassen-Reform, welche das Problem des fehlenden Teuerungsausgleichs in der 2. Säule schlicht ignoriert. Gerade für Teilzeitbeschäftigte und Arbeitnehmende mit tiefen Einkommen – und damit insbesondere für Frauen – wäre die Vorlage kaum bezahlbar und ineffizient. Wenig überraschend regt sich deshalb gerade auch bei Arbeitgeber:innen in Tieflohnbranchen der Widerstand. Parallel dazu bleibt es entscheidend, dafür zu sorgen, dass die besseren Renditen der Pensionskassen endlich wieder bei den Versicherten landen, da wo sie hingehören. Die Chancen für einen echten Schritt vorwärts in der Rentenfrage stehen gut – packen wir die Aufgabe an!

Die Renten bei PUBLICA dürfen nicht sinken!



© AdobeStock

In den letzten zehn Jahren hat die 2. Säule der Bundesangestellten unter Abbau gelitten. Die Umwandlungssätze und die Renten sanken massiv. Eine kräftige Zinswende und eine hohe Teuerung beschäftigen aktuell die Wirtschaft und Bevölkerung. Die bürgerliche Mehrheit im nationalen Parlament weigert sich jedoch, dies in der Politik der Altersvorsorge dementsprechend zu berücksichtigen. Die vom Parlament beschlossene Reform der beruflichen Vorsorge (BVG-Reform) kommt aufgrund des erfolgreichen Referendums im nächsten Jahr vors Volk. Die darin enthaltenen Rentenverluste betreffen auch das Bundespersonal. Die Renten stehen ausserdem auch durch zwei Motionen der SVP-Fraktion im Bundeshaus unter Beschuss. Darin werden die Arbeitgeberbeiträge des Bundes bei PUBLICA direkt angegriffen. Der Entscheid dazu ist noch beim Ständerat hängig. Die BVG-Revision trifft auch die Pensionskassen, die im überobligatorischen Bereich versichern.

Diese Politik hat direkte Folgen für die Rentnerinnen und Rentner: Die Kaufkraft sinkt aufgrund des fehlenden Teuerungsausgleiches in der 2. Säule. Dieser Verlust für die Bezüger:innen muss ausgeglichen werden, anstatt die Renten weiter zu senken! Der PVB fordert, dass die gegenwärtig und zukünftig ausgezahlte Renten den Entwicklungen der Teuerung angepasst werden. Die Kaufkraft muss auch in Zeiten einer Krise Schritt halten können. Die Generation, die von der Rentenaltererhöhung am stärksten betroffen ist, erhält ihr restliches Erwerbsleben weniger Netto-

lohn aufgrund der zunehmenden Beitragszahlungen. Es darf nicht sein, das ausgerechnet dieser Teil der Bevölkerung Aussicht auf eine stagnierende oder sogar sinkende Rente hat! Daher ist zu gegebener Zeit ein klares NEIN zur BVG-Revision notwendig.

Für die am 3. März 2024 zur Abstimmung stehende Initiative für die Einführung einer 13. AHV-Rente ist im Gegensatz ein überzeugtes JA notwendig. Für die von den Gewerkschaften, Personalverbänden und linken Parteien lancierte Initiative ist nicht nur das Volksmehr, sondern auch eine Mehrheit der Stände notwendig. Mit einer 13. AHV-Rente würde die Lage der Rentner:innen mit tieferen, aber auch mittleren Renten merklich verbessert. In Zeiten einer stark steigenden Teuerung wird diese Einführung dringend notwendig. Daher unterstützt der PVB die Kampagne des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) aktiv und als Mitgliedsverband auch finanziell.

Jérôme Hayoz, Generalsekretär PVB



Renten: Kreuzinterview zwischen Barbara Gysi, Nationalrätin und Präsidentin des PVB...

Interview:
Luc Python

Die BVG-Revision wird im 2024 dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Ein Teil der Fachleute der Altersvorsorge hält die Reform für unerlässlich, um den langfristigen Erhalt der 2. Säule zu sichern. Andere sagen, dies sei das Ende der 2. Säule als Sozialversicherung. Was denken Sie?

Barbara Gysi: Das Parlament hat die Revisionsvorlage in eine Richtung gedreht, die wenig Verdienenden und KMUs sehr teuer zu stehen kommt und das Ziel, dass das Rentenniveau gehalten werden soll, nicht umsetzt. Die austarierte Vorlage des Sozialpartnerkompromisses, der die Senkung des Umwandlungssatzes auf eine solidarischere Art und Weise kompensiert hätte, wurde zerzaust und die ursprüngliche Zielsetzung des Rentenerhaltes ist für grosse Teile nicht gegeben. Die Revision ist sehr teuer und die Rentenverluste müssen fast vollständig von den Versicherten selber finanziert werden.

Angesichts des besseren Zinsumfeldes und der Tatsache, dass viele Milliarden jährlich in der Vermögensverwaltung versickern respektive von den Banken und Vermögensverwaltern abkassiert werden, stellt sich die berechtigte Frage, ob es diese Umwandlungssatzsenkung überhaupt braucht.

Zwar gibt es in der Vorlage Verbesserungen bei der Versicherung von Teilzeitarbeit. Doch es sind sehr teure Lösungen, die Geringverdienende mit hohen Lohnabzügen belasten. Geld, das ihnen im Arbeitsleben fehlt. Zwar werden sie Rentenleistungen erhalten, aber insgesamt im Alter nicht mehr zum Leben haben, weil sie dann keine Ergänzungsleistungen mehr erhalten.

Es ist klar, wenn so viel mehr Geld in die Altersvorsorge investiert werden soll, dann ist es für einen Grossteil der Arbeitnehmenden weit besser, das in die AHV zu stecken. Das ist sozialer und führt rasch zu Rentenverbesserungen.

Doris Bianchi: Der aktuelle Mindestumwandlungssatz von 6,8% basiert auf Zinsannahmen und demografischen Berechnungen, die nicht mehr der Realität entsprechen. Die Folge ist eine Querfinanzierung, die in diesem Ausmass in der beruflichen Vorsorge systemfremd ist.

Eine Senkung des Mindestumwandlungssatzes ist daher notwendig. Das Parlament hat sich für eine starke und schnelle Senkung des Mindestumwandlungssatzes aus-

gesprochen. Da mit der Senkung künftige Rentenverschlechterungen in der obligatorischen beruflichen Vorsorge verbunden sind, muss das künftige Alterssparguthaben erhöht werden, um das Rentenniveau zu stabilisieren. Je grösser die Senkung, desto stärker muss das Sparguthaben erhöht werden – beispielsweise durch höhere Sparbeiträge. Und je rascher eine Senkung des Mindestumwandlungssatzes umgesetzt wird, desto weniger Zeit bleibt, um die Rentensenkung durch stärkeres Ansparen auszugleichen. Folglich sind dann Zuschüsse für eine Übergangsgeneration nötig. Insbesondere die letztere Massnahme ist in der aktuellen Revision stark umstritten.

Abfederungsmassnahmen waren auch in den bisher vorgeschlagenen BVG-Revisionen im 2010 und 2017 strittig und führten zur Ablehnung der beiden Vorlagen. Einzig im 2003 anlässlich der ersten BVG-Revision gelang es, eine Zustimmung für die Senkung des Mindestumwandlungssatzes bei gleichzeitigem Erhalt des Rentenniveaus zu finden. Das Parlament setzte dann auf eine geringere und langsamere Senkung, die mit der Stärkung des Sparprozesses einherging. Mir scheint, dass diese Vorgehensweise der vernünftigste Lösungsansatz gewesen wäre.

Mehrere parlamentarische Motionen fordern eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge in der 2. Säule beim Personal der Bundesverwaltung und des ETH-Bereichs. Die Annahme dieser Motionen würde eine massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Bereich der Altersvorsorge des Bundespersonals bedeuten. Wie sehen die Bedingungen der Altersvorsorge von Angestellten in vergleichbaren grossen Unternehmen und grösseren Verwaltungen aus?

BG: Viele Arbeitgeber und öffentliche Verwaltungen gewähren ihren Mitarbeitenden attraktive BVG-Lösungen, die analog der Bundesverwaltung sind. Der Bund und der ETH-Bereich werden ein Problem als Arbeitgeber bekommen, genügend Fachkräfte zu finden, weil diese Verschlechterungen gravierend sind.

DB: Das Bundespersonal verfügt über eine ausgebaute berufliche Vorsorge. Diese reiht sich in Vorsorgelösungen von öffentlich-rechtlichen Pensionskassen oder von Pen-

...und Doris Bianchi, Direktorin von PUBLICA



sionskassen von grossen Unternehmen ein. Der Vergleich der Vorsorgepläne zeigt folgende Unterschiede: Bis Alter 44 sind bei PUBLICA die Spargutschriften im Quervergleich eher tief, während PUBLICA ab Alter 45 im Vergleich hohe Spargutschriften und eine steile Sparstaffelung hat. Beim Umwandlungssatz liegt PUBLICA mit 5,09% im Alter 65 auf dem ähnlichen Niveau wie vergleichbare Kassen, aber unter dem aktuellen durchschnittlichen Umwandlungssatz von 5,4% aller Vorsorgeeinrichtungen. Die vergleichbaren Kassen haben in den letzten Jahren die Alterssparguthaben im Schnitt höher verzinst. Die Renten bei Invalidität werden bei PUBLICA anders als in vergleichbaren Kassen im Beitragsprimat berechnet. Massgebend ist das angesparte Altersguthaben. Bei öffentlich-rechtlichen Kassen ist hingegen üblich, dass sich die Invaliditätsrenten anhand des letzten versicherten Lohnes berechnen. Dies ist für ältere Mitarbeitende in der Regel vorteilhafter.

Welche Auswirkungen hat die Inflation auf Rentner und aktive Versicherte?

BG: Die Rentner:innen und aktiven Versicherten sind alle gleichermaßen von der Teuerung betroffen. Darum kämpfen wir sowohl für den vollen Teuerungsausgleich für die Angestellten wie auch für einen Teuerungsausgleich auf den Renten. Denn die Rentner:innen haben einen Kaufkraftverlust erlitten, der zumindest teilweise kompensiert werden sollte.

DB: Die Altersrenten der beruflichen Vorsorge werden nicht automatisch an die Teuerung angepasst. Eine Anpassung an die Teuerung kann die Pensionskasse je nach finanziellen Möglichkeiten vornehmen. Laut Bundespersonalgesetz (BPG) können bei PUBLICA die Renten erst ab einem Deckungsgrad von 115% der Teuerung angepasst werden. Auch die versicherten Personen sind von der Teuerung betroffen. Denn das angesparte Guthaben verliert real an Wert. Die Verzinsung orientiert sich ebenfalls nach den finanziellen Möglichkeiten der Kasse. Bei tiefen Erträgen und einem tiefen Deckungsgrad kann die Verzinsung unter der Inflationsrate liegen.

Das Gesetz zur beruflichen Vorsorge (BVG) wurde in den 1980er Jahren geschaffen. Wird es der Vielfalt der heutigen Lebensverläufe und Realitäten überhaupt noch gerecht?

BG: Da haben wir in der Tat einen Handlungsbedarf. Denn Teilzeitarbeit, Formen von selbstständiger und unselbstständiger Arbeit sowie Arbeitsunterbrüche führen zu grossen Lücken in der beruflichen Vorsorge. Hier braucht es Verbesserungen auf gesetzlicher Ebene. Ein prozentualer Koordinationsabzug, beispielsweise 60% des Lohnes zu versichern, wie es bei der Altersvorsorge 2020 ausgehandelt worden ist, ist ein sinnvoller Lösungsansatz. Zudem müssten Mehrfachbeschäftigung zusammen versichert werden können. Meines Erachtens ist es aber auch ein Problem in der zweiten Säule, dass Pensenreduktionen infolge Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen zu Lücken führt und individuell getragen werden müssen. Ich bin klar der Meinung, dass hier eine solidarische Mitfinanzierung, wie wir sie in der AHV mit den Erziehungs- und Betreuungsgutschriften haben, für das BVG eingeführt werden muss.

DB: Das BVG ist immer noch auf lineare Erwerbsverläufe im Vollzeitpensum ausgerichtet. Es ist auch von einer traditionellen Rollenaufteilung wie der Vorsorgerehe geprägt. Immerhin lässt das BVG den Pensionskassen Gestaltungsmöglichkeiten offen. PUBLICA hat diese genutzt und etliche Abweichungen zum BVG umgesetzt, damit die aktuellen Lebensrealitäten besser abdeckt sind:

- Beim Vorsorgewerk Bund gibt es keine Eintrittsschwelle. Auch bei kleinen Erwerbspensen besteht so ein Versicherungsschutz.
- Teilzeitarbeit wird nicht benachteiligt, denn der Koordinationsabzug wird mit dem Stellenpensum gewichtet.
- Auch unverheiratete Lebenspartner haben Anspruch auf Hinterlassenenleistungen. Versicherte Personen müssen dazu den Lebenspartnervertrag zu Lebzeiten ausfüllen und einreichen.
- Bei Erwerbsunterbrüchen (bspw. unbezahlter Urlaub) bestehen Weiterversicherungsmöglichkeiten.

myPublica

Kennen Sie Ihre voraussichtliche Rentenhöhe?

Im Versichertenportal «myPublica» erhalten Sie Zugang zu Ihren persönlichen Vorsorgedaten – zeit- und ortsunabhängig. Auf «myPublica» können Sie exakte Simulationen zu Ihrem 2.-Säule-Vermögen, Ihrem Einkaufspotenzial sowie einem allfälligen Wohneigentumsvorbezug (WEF) durchführen. Ausserdem sind alle persönlichen Dokumente jederzeit einsehbar. Einkäufe, um Ihr Altersguthaben zu erhöhen, können Sie bequem per QR-Rechnung durchführen.

<https://www.publica.ch/de/mypublica>



Aus der Sicht von Nicolas Schmidt, Mitglied der Geschäftsleitung des PVB und Vertreter der Angestellten in der Kassenkommission, dem obersten Organ von PUBLICA.

«In der Altersvorsorge sollen die AHV- und die BVG-Renten die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung sicherstellen. Dieser Herausforderung stellt sich die Kassenkommission von PUBLICA. Dafür haben wir die Anlagestrategie angepasst: Einerseits geht die neue Anlagestrategie etwas mehr Risiken ein, andererseits ist das Anlagevermögen breit diversifiziert, um den aktuellen Unsicherheiten auf den Märkten Rechnung zu tragen. Damit erhoffen wir uns, dass wir langfristig für die versicherten Personen zusätzliche Beiträge in Form von Zinsgutschriften erwirtschaften können. Dadurch hätten wir auch mehr Gestaltungsspielraum, um die Inflation auszugleichen. Aufgrund des Deckungsgrades sind uns derzeit die Hände gebunden, was ich sehr bedaure.

Was uns als Kassenkommission jedoch möglich ist, ist unser Vorsorgeangebot den veränderten Erwerbsmodellen und Lebensformen anzupassen. Hier haben wir bereits wichtige Verbesserungen vorgenommen. Beispielsweise wird Teilzeitarbeitenden nicht der volle Koordinationsabzug verrechnet, sondern gewichtet nach Pensum. Bei den meisten Vorsorgewerken gibt es keine Eintrittsschwelle mehr, so sind auch Personen mit tiefem Einkommen oder mehreren Anstellungen bei verschiedenen Arbeitgebenden versichert. Auch können versicherte Personen ohne Trauschein ihren Partner oder ihre Partnerin mit der Lebenspartnerrente absichern.

Sorge bereiten mir die Reformbemühungen aus dem Parlament: Die Motionen der SVP-Fraktion, die die Reduktion der Sparbeiträge bzw. des Arbeitgeberanteils an der beruflichen Vorsorge verlangen, würden das Bundespersonal massiv schlechterstellen – hoffentlich werden die beiden Motionen im Ständerat noch abgelehnt.

Auch von der BVG-Reform bin ich nicht überzeugt. Zwar betrifft die Reform die Angestellten des Bundes nicht direkt, da PUBLICA Leistungen erbringt, die über den Bereich des BVG-Obligatoriums hinausgehen. Die Senkung des Umwandlungssatzes wird deshalb für uns nicht zum Tragen kommen. Für versicherte Personen anderer Pensionskassen ohne überobligatorische Anteile führt die Reform aber zum Teil zu tieferen Renten. Hier hoffe ich auf das Volk, das im 2024 die BVG-Reform ablehnen kann. Hingegen würde die Volksinitiative für eine 13. AVH-Rente viel zu anständigen Renten beitragen.»



Nicolas Schmidt

Avec la votation pour la 13^e rente AVS, nous avons la chance d'améliorer les conditions de vie des retraité·e·s

Le renchérissement élevé, la hausse massive des prix de l'énergie, des loyers et des primes d'assurance maladie pèsent sur les rentes, qui perdent rapidement leur pouvoir d'achat. La légère augmentation des salaires de 2,5% pour cette année n'est qu'une goutte d'eau dans l'océan. Les efforts du Parlement pour compenser l'intégralité du renchérissement sur les rentes AVS n'ont été soutenus que par les partis de gauche. Et nous ne pouvons que rêver d'une compensation du renchérissement sur les rentes des caisses de pension. Les conditions financières ne sont pas réunies chez Publica et nous nous sommes battu·e·s jusqu'à présent sans succès envers le Conseil fédéral.

Le 3 mars 2024, nous aurons la possibilité d'introduire une 13^e rente AVS, en déposant un oui clair dans les urnes. Ce qui représente une pratique courante pour de nombreuses personnes actives, à savoir un 13^e mois de salaire, reste jusqu'à présent refusé aux rentiers·ères AVS. Il existe pourtant un exemple positif tout près de chez nous: la Principauté du Liechtenstein verse déjà une 13^e rente AVS.

Pour de nombreuses personnes à la retraite et qui ont à peine de quoi vivre décemment, une 13^e rente est absolument nécessaire. Beaucoup n'ont, en plus de la rente AVS, pas de rentes, ou faibles, d'une caisse de pension. L'AVS est particulièrement importante pour les femmes, dont peu sont assurées par la LPP, en raison de travail à temps partiel et d'interruptions de carrière.

Avec la votation sur l'initiative populaire pour la 13^e rente AVS, nous avons maintenant une grande chance d'améliorer de manière ciblée les conditions de vie des retraité·e·s et de compenser en partie la perte de pouvoir d'achat des rentes AVS. Cette votation arrive à point nommé: l'AVS se porte bien financièrement et, à partir de l'année prochaine, elle recevra 0,3 point de TVA supplémentaire. La 13^e rente AVS est le moyen le plus avantageux et le plus efficace d'améliorer les rentes; et elle n'engloutit pas des milliards dans la gestion de fortune, comme c'est le cas pour de nombreuses caisses de pension.

Le 3 mars prochain, deux initiatives sur les retraites seront soumises au vote en même temps. L'une d'entre elles est une proposition de loi sur les retraites, et l'autre est tout simplement antisociale et doit être rejetée. L'initiative sur les retraites des jeunes libéraux-radicaux demande l'augmentation de l'âge de la retraite à 67 ans et une augmentation automatique de l'âge de la retraite liée à l'espérance de vie. Il faut absolument empêcher cet automatisme indéféréncié, car tout le monde ne vit pas automatiquement plus longtemps. L'espérance de vie varie en fonction de la classe sociale et du niveau d'éducation. Les personnes avec un faible niveau de formation et les salarié·e·s des secteurs à bas salaires ont une espérance de vie plus courte et devraient donc pouvoir prendre leur retraite plus tôt. Un rejet clair de l'augmentation de l'âge de la retraite est vital.




Barbara Gysi

#LaChronique

L'année 2024 sera l'année fatidique de la prévoyance vieillesse suisse.

Chères et chers membres,

Le 3 mars, deux objets de votation seront soumis aux électeurs·rices: l'initiative «Pour une meilleure vie à la retraite» des syndicats et des partis de gauche, qui demande une 13^e rente AVS et, parallèlement, l'initiative sur les retraites des jeunes libéraux-radicaux. Les deux projets ne pourraient pas être plus opposés. Alors que le premier projet exige une extension de la prévoyance vieillesse, qui s'impose depuis longtemps, le projet des jeunes libéraux-radicaux est un projet de démantèlement néolibéral sans précédent de la prévoyance vieillesse.

Et ce, alors que le renchérissement des biens de première nécessité affecte chaque jour davantage les retraité·e·s aux rentes modestes et moyennes. Les partis bourgeois, de la droite au Centre, prédisent depuis longtemps la faillite de l'AVS et je suis curieux de voir les arguments abscons qu'ils avanceront lors de la campagne de votation pour dénigrer l'AVS. La situation de l'assurance sociale la plus solidaire d'Europe n'a jamais été aussi dramatique que ce que les partis de droite et les lobbies des assurances et des banques ont tenté de faire croire à



la population dans leurs sombres pronostics. Les retraité·e·s modestes, en particulier, sont de plus en plus dépendant·e·s de l'AVS, les rentes des caisses de pension continuant de baisser.

La campagne pour le référendum sur la LPP nous attend également

l'année prochaine. L'APC, en collaboration avec l'USS et des allié·e·s politiques, a lancé un référendum contre ce projet, qui a recueilli plus de 140 000 signatures. Cette démarche a été rendue nécessaire par le fait que les partis bourgeois de droite, aidés par le Centre du Parlement, ont fait fi du compromis entre les partenaires sociaux. Pour une révision équilibrée et durable du 2^e pilier, nous devons faire échouer le projet actuel dans les urnes.

Après les élections nationales et le renforcement de l'UDC, nous attendons avec d'autant plus d'impatience une année pleine d'objets de votation importants pour les syndicats. Nous avons maintenant besoin de convaincre nos familles, nos ami·e·s et notre entourage de voter en faveur de la 13^e rente AVS. Vous trouverez nos arguments dans le dossier de ce magazine. Je vous remercie de votre engagement en faveur d'une prévoyance vieillesse équilibrée!

Jérôme Hayoz,
Secrétaire général de l'APC



© Parlamentsdienste

Actualités du Palais fédéral et de la politique fédérale

«Pressions à l'encontre du personnel fédéral au sein du Parlement», tel était le titre de cette rubrique dans le dernier magazine. Ces pressions ne se sont pas allégées durant la session d'automne.

Deux motions de l'UDC, qui contestaient fondamentalement les conditions de travail du personnel fédéral, étaient particulièrement inquiétantes. Avec ces motions, l'UDC demandait l'abolition de la protection contre le licenciement et la suppression de la loi sur le personnel de la Confédération (LPers) dans son ensemble. Ces attaques contre les droits des travailleurs et des travailleuses sont scandaleuses. Grâce aux discussions, aux appels de l'APC et à l'engagement sans faille de notre présidente Barbara Gysi, nous avons réussi à faire couler ces interventions à une nette majorité. Malgré ces succès, notre bilan est mitigé et la situation au Parlement reste tendue.

Aperçu des sujets respectifs et des discussions au Parlement:

L'UDC répand de fausses informations sur la protection de l'emploi

La première motion (22.3962 Mo. Groupe V. Supprimer la protection contre le licenciement prévue par le droit du personnel de la Confédération) remettait en question la protection contre le licenciement du personnel fédéral. Nous sommes choqué-e-s par les affirmations effrontées fausses de l'UDC concernant le droit du personnel fédéral (LPers) en vigueur et le Code des obligations (CO). Nous profitons de l'occasion pour exposer brièvement ici la différence entre la protection contre le licenciement selon le CO et la LPers:

La principale différence réside dans le fait que la Confédération ne peut pas mettre fin à une relation de travail sans raison et selon son bon vouloir, mais doit motiver le licenciement par écrit sous la forme d'une décision. Pour cela, il doit y avoir des raisons objectives suffisantes. Cette décision peut être contestée par les personnes concernées devant le Tribunal administratif fédéral. Dans le secteur privé, cette fonction est assurée par les tribunaux du travail. Contrairement à ce qu'affirme l'UDC, un licenciement est possible après une mise en demeure infructueuse. Ceci en cas de prestations insuffisantes, de comportement inadéquat, de violation des obligations contractuelles ou pour d'autres raisons objectives. Cela permet de licencier les employé-e-s fautifs-ives sans conditions supplémentaires. En outre, les règles relatives à la résiliation sans préavis sont également conformes au CO.

Au cours des débats parlementaires, il s'est avéré que le conseiller national UDC Strupler, dépositaire de la motion, a non seulement reproduit de manière

erronée la LPers, mais a également fait de fausses déclarations sur le CO. Contrairement à ce qu'il a affirmé, les employé-e-s du secteur privé ont également le droit d'obtenir une motivation écrite de leur licenciement.

Face aux affirmations non objectives et fausses de l'UDC, nous sommes particulièrement heureux-euses que l'UDC n'ait pas obtenu une seule voix en dehors de son propre groupe.

Le Conseil national a rejeté la motion par 123 voix contre, 55 voix pour et 14 abstentions. La motion n'a été soutenue que par le groupe UDC. La plupart des abstentions sont venues des rangs du PLR et des Verts libéraux.

Ni LPers ni CCT pour le personnel fédéral, tel est le monde de l'UDC

La deuxième motion du groupe UDC est allée beaucoup plus loin en demandant l'abrogation de la loi sur le personnel fédéral (22.3963 Mo. Groupe V. Abrogation de la loi sur le personnel de la Confédération). La comparaison indifférenciée entre le Code des obligations (CO) et la Loi sur le personnel de la Confédération (LPers) est trompeuse, c'est clair pour toute personne s'y connaissant un tant soit peu en droit du travail, qu'elles soient de gauche ou de droite. En effet, plus de la moitié des travailleuses en Suisse sont soumis à des conventions collectives de travail (CCT) qui règlent les conditions de travail au-delà du CO. Il en va de même pour la plupart des entreprises qui ne règlent leurs conditions de travail que dans un règlement du personnel. Les anciennes régies fédérales, telles que les CFF, Swisscom et la Poste, sont même soumises à une obligation de CCT. Il serait donc plus que paradoxal que la Confédération engage à l'avenir son propre personnel selon le minimum CO. Pour les bas et moyens revenus du personnel fédéral, cela irait de pair avec une précarisation de leur travail. La Confédération ne serait alors plus compétitive sur le marché du travail. La Confédération ne serait alors plus compétitive sur le marché du travail. La réglementation des vacances, la compatibilité entre vie familiale et vie professionnelle ou la réglementation moderne du temps de travail, se retrouvent également sous une forme similaire chez les grands employeurs du secteur privé. A la question de Barbara Gysi, présidente de l'APC, de savoir si les motionnaires seraient prêts à introduire une convention collective de travail (CCT) pour le personnel fédéral, Mike Egger, conseiller national UDC, a répondu de manière désinvolte qu'il n'y en avait pas besoin dans le secteur privé et que cela fonctionnait. Le conseiller national UDC Egger n'a manifestement aucune idée du modèle de réussite qu'est le partenariat social et il devrait peut-être demander aux em-

ployé-e-s des secteurs économiques sans CCT comment ils-elles évaluent les conditions de travail de leur point de vue. La distance qui sépare M. Egger de la réalité des employé-e-s de la Confédération est parfaitement illustrée par sa déclaration selon laquelle les personnes concernées au sein du DDPS et de la protection des frontières, c'est-à-dire celles qui seraient les plus touchées par un engagement selon le CO, comprendraient déjà et pourraient certainement comprendre un alignement sur l'économie privée.

Le Conseil national a rejeté la motion par 131 voix contre, 51 voix pour et 14 abstentions. La motion n'a été soutenue que par le groupe UDC, quelques-un-e-s se sont même abstenue-s. La plupart des abstentions sont venues des rangs du PLR et des Verts libéraux.

En principe, l'APC ne craint pas de comparer les conditions de travail des marchés de l'emploi public et privé.

L'APC est en principe favorable à une nouvelle étude comparative entre les conditions de travail du secteur privé et celles du secteur public, car elle permettrait de combattre divers préjugés et clichés à l'égard des employé-e-s de la Confédération. Nous

n'avons cependant pas pu soutenir le postulat du conseiller national libéral-radical Nantermod (23.3070 Po. Nantermod. Marché du travail public et privé. Analyse des conditions et lutter contre une concurrence déloyale du secteur public), le libellé du postulat étant biaisé et impliquant des stéréotypes négatifs sur le secteur public. Les associations du personnel, qui représentent les intérêts des employé-e-s de la Confédération, ne pouvaient pas soutenir cela. Si l'objectif et le mandat de l'analyse étaient un état des lieux neutre et une comparaison sans mandat politique, l'APC pourrait le soutenir. Nous faisons confiance au Conseil fédéral et à l'Office fédéral du personnel (OFPER) pour que le mandat soit conforme. Mme Keller-Sutter, conseillère fédérale, l'a d'ailleurs confirmé au cours du débat en réponse à une question de Barbara Gysi, présidente de l'APC.

Le Conseil national a adopté la motion par 126 voix pour, 67 voix contre et aucune abstention. La motion a été principalement combattue et rejetée par le PS et les Verts.

Le Conseil fédéral et le Conseil national ne veulent pas d'une plus grande transparence des salaires dans les annonces d'emploi

La conseillère nationale socialiste Min-Li Marti a déposé une motion demandant plus de transparence salariale dans les annonces d'emploi de la Confédération (22.4443 Mo. Marti Min-Li. Transparence des salaires dans les offres d'emploi. La Confédération et les entreprises publiques doivent montrer l'exemple). Il est de notoriété publique que la transparence des salaires réduit en soi la discrimination salariale. L'APC aurait été très favorable à la transparence des salaires dans les offres d'emploi. La Confédération publie déjà en partie les classes salariales dans les offres d'emploi internes et il est incompréhensible que cette pratique ne soit pas étendue à l'ensemble de l'administration fédérale et ains qu'aux offres d'emploi externes. La transparence des salaires n'est pas seulement un moyen efficace de lutter contre toute forme de discrimination salariale. Il est prouvé que des systèmes salariaux transparents et perçus comme équitables augmentent la satisfaction du personnel.

Le Conseil national a rejeté la motion par 83 oui, 102 non et 2 abstentions. La motion a été principalement soutenue par le PS et les Vert-e-s.

Rencontre d'entrée en fonction avec le conseiller fédéral M. Albert Rösti

Vendredi 13 octobre, une réunion d'entrée en fonction a eu lieu avec le nouveau chef du DETEC, le conseiller fédéral Albert Rösti. Lors d'un échange ouvert et constructif, les affaires actuelles en matière de politique du personnel ainsi que les stratégies du nouveau chef du département en la matière ont été discutées. Le mandat qu'il a donné aux offices d'examiner comment créer une marge de manœuvre de 10% a notamment soulevé de nombreuses questions. La délégation de l'APC a pu constater que le conseiller fédéral Rösti n'a pas l'intention de réduire le personnel, mais qu'il souhaite créer une marge de manœuvre pour de nouvelles tâches. L'APC a toutefois fait remarquer que cela pourrait tout de même avoir des conséquences sur le personnel fédéral si d'«anciennes» tâches étaient supprimées et que d'autres venaient s'y ajouter. Nous attendons donc qu'il aborde et mette en œuvre ces changements avec la prudence qui s'impose. Le conseiller fédéral Rösti nous a assuré qu'il était très important pour lui d'aborder ces questions avec prudence et qu'elles devaient être acceptées.

Participant-e-s de gauche à droite:

Bettina Schaer (Responsable RH DETEC), Jérôme Hayoz (Secrétaire général APC), Albert Rösti (Conseiller fédéral), Barbara Gysi (Présidente APC) et Kaspar Müller (Secrétaire général adjoint DETEC)



APC

Que fait l'APC pour ses retraité-e-s?

L'APC a organisé plusieurs événements destinés aux membres retraité-e-s et proches de la retraite au cours du second semestre.

Voici un aperçu du programme:

Le 7 septembre dernier, Frank Pflirter a invité des retraité-e-s à un échange d'expériences. Ces échanges se sont avérés fort intéressants. Des retraité-e-s partiel-le-s aux personnes qui jouissent d'une retraite depuis plus de deux décennies, les participant-e-s représentaient un large éventail de réalités. La thématique du jour a fait l'objet d'une discussion franche et directe, agrémentée par quelques exercices d'étirement et de gymnastique à l'extérieur de la salle. Les questions ont surtout porté sur les thèmes suivants: comment est-ce que je me motive après la retraite? Comment établir une routine dans mon quotidien? quels sont mes projets et comment les planifier? Les échanges entre les retraité-e-s ont été particulièrement appréciés. Les retours positifs nous confortent dans l'idée de proposer à nouveau ce genre de rencontres.

Le 25 septembre, à l'occasion des 75 ans de l'AVS, a eu lieu une manifestation avec un appel au «OUI à l'initiative pour une 13^e rente AVS». L'objectif de l'AVS, tel que mentionné à l'article 112 de la Constitution fédérale, a été rappelé haut et fort: les rentes doivent couvrir les besoins vitaux de manière appropriée et être adaptées à l'évolution des prix. Or, cette adaptation a été refusée par le Parlement lors de la session de printemps, et ce malgré l'inflation. La manifestation a été organisée en collaboration avec l'APC et une vaste alliance des retraité-e-s provenant des différents syndicats affiliés à l'USS. C'est notre présidente, Barbara Gysi, qui a prononcé le discours d'ouverture de la manifestation. Elle a rappelé la stabilité financière de l'AVS, tout en s'exprimant ainsi: «La 13^e rente AVS est l'amélioration des rentes la plus rapide et la plus efficace que nous sommes en mesure d'appliquer actuellement». Et d'ajouter: «Aucune autre amélioration des rentes n'est plus avantageuse.

Nous devons renforcer et développer l'AVS. Disons donc OUI à une 13^e rente AVS!» La manifestation a rassemblé plus de 1000 personnes à Berne ce qui, à notre avis, représente un signal positif vis-à-vis du Parlement. L'APC continuera de s'engager pour l'amélioration des rentes.

Le cours de préparation à la retraite en allemand a eu lieu le 18 octobre. Cette année encore, l'accent a été mis sur les aspects juridiques et financiers. La trentaine de personnes présentes a pu poser des questions aux intervenants, Monsieur Baumann, du cabinet Von Graffenried, et Monsieur Affolter, de Glauser+Partner, partenaires de longue date de l'APC très appréciés des participant-e-s. Comme c'est le cas chaque année, le programme a été complété par une gymnastique d'assouplissement et un témoignage de Frank Pflirter.

La conférence intitulée «À quand le renchérissement?» s'est tenue le 8 novembre en présence de notre présidente Barbara Gysi et de la directrice de la caisse de pension de la Confédération PUBLICA Doris Bianchi. L'APC voulait offrir à ses membres retraité-e-s la possibilité de poser des questions et d'exprimer leur mécontentement au sujet des rentes. Cette manifestation a suscité un grand intérêt: les participant-e-s ont profité de l'après-midi pour confronter Mme Bianchi à leur situation actuelle. Les rentes restent une affaire politique, puisque le Parlement réclame vouloir les réduire davantage malgré le revirement des taux d'intérêt. Dans ce contexte, l'APC effectue un important travail de lobbying et met tout en œuvre pour renforcer également le pouvoir d'achat des retraité-e-s.

Norma Giannetta

Qu'apporte la nouvelle loi sur la protection des données?

La loi révisée sur la protection des données est entrée en vigueur le 1^{er} septembre. Elle renforce la protection de vos données personnelles, que vous fournissez notamment à l'APC.

Le secrétariat de l'association a mis en œuvre les nouvelles exigences par le biais de mesures très diverses. Mais qu'est-ce que cela signifie concrètement pour vous? Sur notre site web, nous avons publié des informations importantes sur ces sujets.

Bannière de cookie

Toute personne qui navigue sur notre site internet peut désactiver les cookies utilisés. L'APC a adopté le niveau de protection plus élevé de l'UE.

Déclaration générale de confidentialité

La déclaration générale de protection des données vous informe sur les données personnelles que l'APC collecte et à quelles fins, ainsi que sur les personnes auxquelles elle les transmet. Nous faisons régulièrement vérifier et mettre à jour cette déclaration.

Déclaration de confidentialité étendue

Dans cette déclaration, nous assurons une transparence totale. Vous pouvez savoir quelles données spécifiques sont collectées par l'APC. Elle vous explique également comment les données sont échangées avec nos partenaires qui vous accordent des réductions ou des avantages, ainsi qu'avec les employeurs.

Consentement à l'utilisation des données

Vous décidez de la manière dont l'APC peut utiliser vos données. Pour ce faire, vous disposez d'un formulaire sur le site web sous «Utilisation des données». Vous pouvez ainsi nous faire part de vos souhaits à tout moment. Les personnes qui souhaitent adhérer à l'APC doivent obligatoirement fournir ces informations.

Obligation d'information

Vous avez le droit de demander un accès écrit aux informations vous concernant collectées par l'APC.

Droit à l'oubli

Si vous quittez l'APC, ce que nous n'espérons évidemment pas, vous pouvez demander la suppression complète de vos données. Les données seront soit supprimées, soit rendues anonymes dans les cas où nous devons continuer à utiliser certaines informations à des fins statistiques.

Procédure

Vous devez demander par écrit à l'APC de vous fournir des informations et de faire valoir votre droit à l'oubli. L'APC a besoin d'une copie de votre carte d'identité ou d'un autre document officiel pour vous identifier.

Markus Brügger, responsable des ressources



La prévoyance vieillesse arrive à un tournant décisif: quel avenir voulons-nous pour nos rentes?

Gabriela Medici, USS

Les mois à venir seront décisifs: va-t-on réussir à faire un petit pas - mais d'importance - en direction d'une prévoyance vieillesse plus sociale avec le versement d'une 13^e rente AVS, ou les rentes seront-elles mises à mal par les attaques systématiques dont elles sont la cible? Les banques et les employeurs menacent d'imposer l'âge de la retraite à 67 ans avec, à la clé, une détérioration des rentes. Ils ne ménageront pas leurs efforts pour atteindre cet objectif. Au cours du premier semestre 2024, trois projets sur la prévoyance vieillesse seront soumis au vote. Le résultat de ces votations aura un impact décisif sur l'évolution des rentes en Suisse.

Situation problématique des rentes

En matière de politique des retraites, les critiques portent souvent sur le blocage des réformes et la nécessité de les surmonter. Mais le blocage des réformes n'a rien à voir avec un refus des électeurs et électrices de faire face à la réalité, ou à une défense des conditions avantageuses dont ont profité les générations précédentes. La population ne demande pas l'impossible, elle veut simplement bénéficier de rentes qui lui permettent de vivre décemment après une vie de travail. La politique des retraites n'est donc pas une fin en soi, mais doit s'orienter sur un objectif de prévoyance vieillesse équitable et efficace. Ce qui est malheureusement de moins en moins le cas.

Aujourd'hui, la moitié des nouveaux-elles retraité·e·s suisses doivent s'en sortir avec une rente mensuelle inférieure à 3500 francs (AVS et caisse de pension comprises). Nul·le ne saurait contester le fait qu'à l'heure actuelle, les rentes sont trop basses. La question est alors la suivante: comment va-t-on combler les lacunes toujours plus béantes en matière de rentes? Dans ce contexte, faut-il tenir compte du rapport cotisation-prestation et de la solidarité? Ce sont précisément les personnes à bas et moyens revenus qui sont concernées par ces préoccupations. Les personnes qui gagnent bien leur vie et les employeurs doivent-ils-elles participer au financement de la vieillesse, comme cela a toujours été prévu, ou la grande majorité de la population va-t-elle devoir se débrouiller seule face au problème de rentes trop basses?

Les faibles rentes sont indissociables des bas salaires. Un quart des personnes actives au bénéfice d'un CFC gagne aujourd'hui moins de 5000 francs par mois, même en travaillant à plein temps. Parmi elles, beaucoup de femmes qui occupent des postes à responsabilités, notamment dans les soins et l'assistance. Parallèlement, l'écart salarial se creuse énormément en Suisse. Il n'est guère surprenant de constater que ce sont les couples avec des enfants à charge qui sont le plus touchés, et en particulier les mères de famille, en raison du manque de structures d'accueil de la petite enfance ou du coût élevé de ces dernières. En conséquence, elles sont encore plus durement touchées par de faibles rentes.

Dans le même temps, il apparaît clairement que notre système de prévoyance vieillesse, autrefois loué en comparaison internationale, se distingue aujourd'hui surtout par le fait qu'il garantit aux seuls hauts salaires des retraites anticipées avec des rentes maximales. Il n'est donc pas surprenant que, dans ce contexte, les grandes différences de rentes suscitent du mécontentement et génèrent des projets de démantèlement. En effet, même si notre société est en pleine prospérité, ce n'est pas le cas de la solidarité dans la prévoyance vieillesse, fortement mise à mal. C'est en tout cas la tendance qui se dessine. La privatisation sournoise de la prévoyance vieillesse va bon train. Contrairement à ce qui était prévu, de nos jours, personne ne peut vivre en Suisse de la seule rente AVS. Elle se situe aujourd'hui en moyenne à 1800 francs par mois. C'est non seulement beaucoup plus bas que le minimum vital en Suisse, mais inférieur au taux déjà limite de l'aide sociale. Et la situation s'aggrave de plus en plus, les rentes n'ayant jamais été entièrement adaptées à l'évolution des salaires depuis plus de 50 ans. Si la rente AVS moyenne, mesurée au salaire moyen actuel, était la même

qu'en 1975, elle s'élèverait aujourd'hui à 500 francs de plus par mois. Cela fait un certain temps déjà que cette détérioration de l'AVS est en cours.

Les évolutions de la dernière décennie dans les caisses de pension sont encore plus dramatiques pour les travailleurs-euses. Alors qu'ils-elles n'ont jamais versé autant de cotisations à leurs caisses de pension, les salarié·e·s ne touchent que des prestations minimales. Concrètement, au cours de la dernière décennie, les cotisations salariales au 2^e pilier ont augmenté de plus de 10%, les taux de conversion moyens ont baissé de près de 20% et les avoirs de vieillesse n'ont été que faiblement rémunérés. Les différences entre les caisses de pensions sont importantes: alors que les caisses autonomes ont souvent opté pour des investissements bien rémunérés, les salarié·e·s n'ont reçu de leur caisse que le strict minimum. Citons l'exemple de 2021, une année record pour la bourse: ce taux n'était alors que de 0,15% sur les avoirs subobligatoires. La caisse de pension de la Confédération, Publica, a été également fortement touchée par ces tendances. C'est désormais un fait bien établi: les rentes des caisses de pension baissent depuis plusieurs années. Ce constat est particulièrement flagrant chez les nouvelles retraitées et les nouveaux retraités. En 2021, la nouvelle rente moyenne des hommes était inférieure de plus de 200 francs par mois à celle de 2015.

Parallèlement, le 2^e pilier est devenu depuis longtemps un modèle commercial lucratif pour les gestionnaires de fortune, les agent·e·s de placement, les expert·e·s en caisse de pension et les assurances. A cela s'ajoute le fait que les banques continuent d'attiser les craintes des travailleurs-euses en brandissant le spectre des rentes trop basses pour mieux vendre leurs produits du 3^e pilier. Il est pourtant clair qu'il n'existe pas de rentes viagères dans le 3^e pilier.

Nouvelle donne

Depuis le début de l'année 2022, la situation s'est encore fortement aggravée. Le retour de l'inflation nous place devant un nouveau défi. Après un renchérissement annuel de près de 3% l'année dernière, il faut s'attendre à une inflation d'environ 2% cette année et en 2024. Si l'on ajoute à cela l'augmentation dramatique des primes d'assurance maladie sur la même période, les ménages retraités risquent de perdre, d'ici 2024, plus d'une rente mensuelle complète en pouvoir d'achat. L'AVS prévoit certes une adaptation des rentes tous les deux ans, mais force est de constater que la dernière adaptation n'a même pas compensé entièrement le renchérissement, et la prochaine n'interviendra pas avant 2025. Il est vrai que les caisses de pension peuvent décider d'une compensation du renchérissement, mais pour les retraité·e·s des fondations collectives, comme Publica, la compensation du renchérissement n'est pas autorisée par la loi tant que les réserves ne sont pas entièrement remplies. Si l'on considère les pertes comptables élevées de l'année dernière, cela ne s'appliquera que pour quelques caisses de pensions. Nous avons ainsi une image claire de ce qui avait déjà été prévu dans les années 70: une compensation du renchérissement à l'échelle du système dans le 2^{ème} pilier ne fonctionne que si elle fait l'objet d'un soutien solidaire.

Relevons par ailleurs que ce ne sont pas seulement les prix qui ont augmenté de manière décisive depuis un an, mais également les taux d'intérêt. Cette évo-



© AdobeStock



© AdobeStock

lution conduit à une stabilisation du 2^e pilier. Mais le tournant des taux d'intérêt n'a jusqu'à présent pas été perçu par les assuré-e-s. Au contraire: les taux de conversion et les rentes ont poursuivi leur déclin cette année ou continueront de baisser en 2024. La revendication syndicale consistant à suspendre les baisses n'a pas été concrétisée. Alors que nous avons des caisses plus sûres que jamais, les assuré-e-s reçoivent toujours moins de prestations. Dans différentes caisses de pension, la question se pose actuellement de savoir s'il est possible d'améliorer les prestations pour les assuré-e-s et la manière avec laquelle il faudrait alors procéder. C'est également le cas chez Publica. Ce questionnement est en principe positif – mais cela comporte de nouveaux défis. En effet, tou-te-s les assuré-e-s ne sont pas concerné-e-s de la même manière par les évolutions évoquées ci-dessus. Les personnes actives âgées de plus de 55 ans et les nouveaux-elles retraité-e-s sont plus fortement impacté-e-s. Les jeunes actifs et actives sont moins touché-e-s, dans la mesure où ils-elles commencent seulement à constituer leur capital vieillesse. Le taux d'intérêt plus faible joue donc un rôle moins important. Les cotisations sont aussi plus basses dans la mesure où les cotisations salariales augmentent avec l'âge et le salaire assuré n'est pas aussi élevé durant ces jeunes années (par rapport au salaire des travailleuses qui ont déjà des années de service). Pour cette catégorie d'âge, c'est surtout la situation future en matière de taux d'intérêt et de rendement qui est déterminante.

Du temps pour des perspectives d'avenir raisonnables

Aujourd'hui, si la prévoyance vieillesse n'est pas fondamentalement remise en question, les employeurs et la majorité bourgeoise du Parlement ignorent la promesse de pouvoir vivre dignement de sa retraite. Et ce ne sont pas les seul-e-s. Au lieu de combler le déficit toujours plus important des rentes, les employeurs, les banques et leurs lobbyistes au Parlement entendent même aggraver le problème avec une augmentation de l'âge de la retraite à 67 ans et une nouvelle baisse des rentes des caisses de pensions. Cette situation montre clairement les grandes questions de répartition qui se posent aujourd'hui dans la prévoyance vieillesse. La Suisse, pays riche, veut-elle s'offrir une prévoyance vieillesse décente et solidaire? Ou bien les banques et les assurances parviendront-elles à imposer la privatisation de cette prévoyance, comme elles le souhaitent en visant l'extension du 3^e pilier? Dans un tel scénario, seuls les hauts revenus pourraient s'offrir une bonne rente vieillesse, alors que tou-te-s les autres travailleuses seraient contraint-e-s de vivre de petites rentes et de prestations sociales.

Les sondages le démontrent régulièrement: la situation insuffisante des rentes suscite beaucoup de réaction. L'USS reste convaincue que toute personne mérite une bonne retraite après une vie de travail. Il est donc nécessaire de consolider l'AVS, dans le but de désamorcer les problèmes actuels. Une 13^e rente AVS apporterait une contribution juste, rapide et abordable à l'amélioration des rentes. Mais malheureusement, les grands avantages de l'AVS sont trop peu connus. De nombreuses personnes pensent que l'AVS a des problèmes financiers, alors qu'elle possède une fortune de 40 milliards de francs et qu'elle réalisera, à

l'avenir, un excédent d'environ 1,5 milliard année après année. Les banques essaient néanmoins constamment de faire croire que l'AVS est financièrement au bord du gouffre. Avec de tels pronostics, elles créent de l'insécurité dans la population et sapent la confiance en notre système de prévoyance vieillesse. Avec l'AVS, les banques et les assurances ne gagnent rien, contrairement aux produits du 3^e pilier.

Et pourtant, même l'UBS a dû admettre, avant la pause estivale, qu'avec une modeste augmentation des cotisations salariales de 0,7%, l'AVS serait financièrement équilibrée pour les prochaines décennies. Et ce même si les travailleuses continuent à prendre leur retraite à 65 ans. Par le passé, les salaires réels ont augmenté d'à peine 1% par an. Cela signifie qu'une AVS financée de manière stable ne coûterait même pas une augmentation de salaire. C'est possible grâce au mécanisme de financement ingénieux de l'AVS. En effet, les personnes qui ont de hauts revenus contribuent entièrement à l'AVS sur leurs salaires de plusieurs millions. Cet argent va aux ménages à bas et moyens revenus. Ainsi, les 10% les plus riches participent aux rentes des femmes et des hommes aux revenus moins élevés. C'est sur ce point que mise l'initiative populaire pour une 13^e rente AVS. Mesurée à la rente AVS moyenne, elle représente une amélioration des rentes d'environ 150 francs par mois, et ce pour tou-te-s les retraité-e-s actuel-le-s et futur-e-s. Elle se rattache également directement au système éprouvé des bonifications pour tâches éducatives et d'assistance. Autre avantage: elle renforce la prise en compte du travail non rémunéré dans la prévoyance vieillesse, sans augmenter inutilement les coûts pour les personnes à bas et moyens revenus, dont le pouvoir d'achat est déjà fortement mis sous pression si l'on considère la baisse des salaires réels et la hausse du coût de la vie.

Le 2^e pilier a lui aussi besoin de plus de solidarité. A cet effet, une première étape consiste à s'opposer à de nouvelles mesures de démantèlement. Or, la réforme du 2^e pilier décidée par le Parlement entraîne une augmentation drastique des cotisations salariales – parfois jusqu'à 8% – versées aux caisses de pension sensibles à la crise, sans compensation du renchérissement, alors que les rentes garanties devraient baisser, jusqu'à 270 francs par mois. Et ce, sans toucher aux possibilités de profit des assurances privées et des courtiers, ni aux possibilités d'optimisation fiscale pour les hauts salaires dans le 2^e pilier. Et alors que le renchérissement et le choc des primes aggravent drastiquement le problème du pouvoir d'achat, y compris pour les retraité-e-s, le Parlement mise sur une réforme des caisses de pensions qui ignore tout simplement le problème de l'absence de compensation du renchérissement dans le 2^e pilier. Pour les travailleuses à temps partiel et les salarié-e-s à bas revenus, et donc en particulier pour les femmes, le projet serait à peine abordable et totalement inefficace. Il n'est donc pas surprenant que les employeurs des branches où l'on trouve les bas salaires s'y opposent. Parallèlement, il est essentiel de veiller à ce que les bénéfices générés par de meilleurs rendements des caisses reviennent enfin aux assuré-e-s. C'est d'ailleurs à elles et eux d'en bénéficier. Cela semble aller de soi. Les chances de faire un véritable pas en avant sur la question des retraites sont bonnes: nous mettrons tout en œuvre pour parvenir à nos fins!

Halte à la baisse continue des rentes PUBLICA!



© AdobeStock

Ces dix dernières années ont été marquées par un démantèlement du 2^e pilier des employé-e-s de la Confédération. Les taux de conversion et les rentes ont massivement baissé. Un fort retournement des taux d'intérêt et un renchérissement élevé préoccupent actuellement l'économie et la population. La majorité bourgeoise du Parlement national refuse toutefois d'en tenir compte dans la politique de la prévoyance vieillesse. La réforme de la prévoyance professionnelle (réforme LPP) adoptée par le Parlement sera soumise au peuple l'année prochaine grâce au succès du référendum. Les pertes de rentes qu'elle intègre concernent également le personnel fédéral. Les rentes sont de plus sous le coup de deux motions du groupe UDC au Parlement fédéral. Celles-ci s'attaquent directement aux contributions de l'employeur fédéral à PUBLICA. La décision est encore en suspens au Conseil des États. La révision de la LPP touche également les caisses de pension qui assurent le secteur surobligatoire.

Cette politique a des conséquences directes pour les retraité-e-s: le pouvoir d'achat diminue en raison de l'absence de compensation du renchérissement dans le 2^e pilier. Les bénéficiaires doivent voir cette perte compensée et non pas subir une nouvelle baisse des rentes! L'APC demande que les rentes actuelles et futures soient adaptées à l'évolution du renchérissement. Le pouvoir d'achat doit pouvoir suivre, même en temps de crise. La génération qui sera la plus touchée par l'augmentation de l'âge de la retraite verra son salaire net diminuer pendant le reste de sa vie

active en raison de l'augmentation des cotisations. Il est inacceptable que cette partie de la population soit confrontée à une stagnation, voire à une baisse de ses rentes! Pour cela, un NON clair à la réforme de la LPP sera nécessaire le moment venu.

Pour l'initiative pour l'introduction d'une 13^e rente AVS, soumise au vote le 3 mars 2024, il faut au contraire un OUI convaincu. L'initiative, lancée par les syndicats, les associations du personnel et les partis de gauche, ne requiert pas seulement la majorité du peuple, mais aussi une majorité des cantons. L'introduction d'une 13^e rente AVS améliorerait sensiblement la situation des retraité-e-s avec des faibles et moyennes rentes. En période de forte hausse du coût de la vie, cette introduction devient urgente. L'APC soutient activement la campagne de l'Union syndicale suisse (USS), y compris financièrement en tant qu'association membre.

Jérôme Hayoz, secrétaire général de l'APC



Rentes: interview croisée entre Barbara Gysi, conseillère nationale et présidente de l'APC...

Interview:
Luc Python

La révision de la LPP sera soumise en votation populaire en 2024. Une partie des spécialistes de la prévoyance vieillesse estime que cette réforme est indispensable pour garantir le maintien à long terme du 2^e pilier, alors que d'autres prétendent que c'est la fin du 2^e pilier en tant qu'assurance sociale. Qu'en pensez-vous?

Barbara Gysi: La nouvelle orientation du projet de révision, telle que souhaitée par le Parlement, aura un impact considérable sur les salarié-e-s à bas revenus et sur les PME, en termes de coûts. Ajoutons à cela que l'objectif consistant à maintenir le niveau de rentes n'est pas atteint. Les partenaires sociaux avaient trouvé un compromis avec un projet équilibré en faveur d'une compensation de la baisse du taux de conversion plus solidaire. Mais ce projet a été démantelé, ce qui signifie que le maintien des rentes, tel que souhaité au départ, n'est pas atteint pour une grande partie. La révision est très coûteuse et les pertes de rentes doivent être presque entièrement autofinancées par les assuré-e-s.

Si l'on considère l'amélioration des taux d'intérêts et le fait que de nombreux milliards sont encaissés par les banques et les gestionnaires de fortune, il est légitime de se demander si cette baisse du taux de conversion est vraiment nécessaire.

Le projet prévoit certes des améliorations pour les travailleurs-euses à temps partiel. Mais il s'agit d'une solution très coûteuse qui fait peser des déductions salariales importantes sur les bas salaires. C'est de l'argent qui leur fait défaut durant leur vie professionnelle. Ils-elles recevront des prestations de rentes mais auront, au final, moins de moyens à disposition pour vivre à la retraite car ils-elles ne recevront plus de prestations complémentaires. Nul doute que si l'on doit investir autant d'argent dans la prévoyance vieillesse, il est clairement préférable, pour une grande majorité de travailleurs et travailleuses, de diriger ces fonds supplémentaires dans l'AVS. Il s'agit-là d'une démarche plus sociale qui permettrait une rapide amélioration des rentes.

Doris Bianchi: Le taux de conversion minimal actuel est de 6,8%. Il se base sur des hypothèses d'intérêts et des analyses démographiques qui ne correspondent plus à la réalité. Il en résulte un financement croisé des coûts qui, dans une telle mesure, est étranger au système de la prévoyance professionnelle. Il y a donc lieu de cibler une baisse du taux de conversion minimal. Le Parlement s'est

prononcé en faveur d'une baisse considérable et rapide du taux de conversion minimal. Étant donné que la baisse est liée à de futures péjorations des rentes dans la prévoyance professionnelle obligatoire, il importe d'augmenter les futurs avoirs de vieillesse afin de stabiliser le niveau des rentes. Plus la baisse est importante, plus il y a lieu d'augmenter l'avoir de vieillesse. Par exemple avec des cotisations d'épargne plus élevées. Et plus une baisse du taux de conversion minimal est appliquée rapidement, moins il reste de temps pour compenser la baisse de la rente par une épargne plus importante. Par conséquent, il y a lieu de prévoir des subventions pour la génération dite «transitionnelle» (qui prendra sa retraite dans les prochaines années). Cette dernière mesure, en particulier, est fortement contestée dans la révision actuelle.

Les mesures d'atténuation ont également été contestées dans les précédentes propositions de révisions LPP (en 2010 et 2017) et ont conduit au rejet des deux projets. Ce n'est qu'en 2003, à l'occasion de la première révision de la LPP, qu'il a été possible de trouver un accord pour la baisse du taux de conversion minimal tout en maintenant le niveau de rentes. Le Parlement a alors misé sur une baisse plus faible et plus lente compatible avec le renforcement du processus d'épargne. A mon avis, cette approche aurait été la plus raisonnable.

Plusieurs motions parlementaires réclament une réduction de la part employeur dans les cotisations au 2^e pilier pour le personnel fédéral et du domaine des EPF. L'acceptation de ces motions entraînerait une péjoration importante des conditions de travail dans le domaine de la prévoyance vieillesse du personnel de la Confédération. Quelles sont les conditions de prévoyance vieillesse d'employé-e-s des grandes entreprises ou administrations comparables?

BG: De nombreux employeurs et administrations publiques accordent à leurs collaborateurs-rices des solutions LPP attrayantes, analogues à celles de l'administration fédérale. La Confédération et le domaine des EPF seront confrontés, en tant qu'employeurs, à la difficulté de trouver suffisamment de personnel qualifié, car ces détériorations sont graves.

DB: Le personnel de la Confédération dispose d'une prévoyance professionnelle étendue. Celle-ci s'aligne sur les solutions de prévoyance des caisses de pension de droit

...et Doris Bianchi, directrice de PUBLICA



public ou des caisses de pension des grandes entreprises. La comparaison des plans de prévoyance montre les différences suivantes: jusqu'à l'âge de 44 ans, les bonifications d'épargne de PUBLICA sont plutôt basses en comparaison transversale, alors qu'à partir de 45 ans, PUBLICA a des bonifications d'épargne élevées et un échelonnement de l'épargne plus marqué. En ce qui concerne le taux de conversion, PUBLICA se situe, avec 5,09% à l'âge de 65 ans, à un niveau similaire à celui des caisses comparables, mais inférieur au taux de conversion moyen actuel de 5,4% de toutes les institutions de prévoyance. Ces dernières années, si l'on se base sur une moyenne, les caisses comparables ont rémunéré plus fortement les avoirs d'épargne vieillesse.

Chez PUBLICA, les rentes d'invalidité sont calculées selon le principe de la primauté des cotisations, contrairement à ce qui se passe dans les caisses comparables. C'est l'avoir de vieillesse épargné qui est déterminant. Dans les caisses de droit public, en revanche, les rentes d'invalidité sont plus souvent calculées sur la base du dernier salaire assuré. C'est en principe plus avantageux pour les collaborateurs-rices plus âgé-e-s.

Quelles sont les conséquences de l'inflation sur les retraité-e-s et les assuré-e-s actifs-ives ?

BG: Les retraité-e-s et les assuré-e-s actifs-ives sont tous touché-e-s de la même manière par le renchérissement. C'est la raison pour laquelle nous nous battons pour atteindre ces deux objectifs : la pleine compensation du renchérissement pour les employé-e-s et une compensation du renchérissement sur les rentes. Rappelons en effet que les retraité-e-s ont subi une perte de pouvoir d'achat qui devrait être au moins partiellement compensée.

DB: Les rentes de vieillesse de la prévoyance professionnelle ne sont pas automatiquement adaptées au renchérissement. La caisse de pension peut procéder à une adaptation au renchérissement en fonction de ses moyens financiers. Selon la loi sur le personnel de la Confédération (LPers), chez PUBLICA, les rentes ne peuvent être adaptées au renchérissement qu'à partir d'un taux de couverture de 115%. Les personnes assurées sont également touchées par le renchérissement. En effet, l'avoir épargné perd de sa valeur en termes réels. Le taux d'intérêt se détermine également en fonction des possibilités financières de la caisse. Si les reve-

nus sont faibles et que le taux de couverture est bas, la rémunération peut être inférieure au taux d'inflation.

La loi sur la prévoyance professionnel (LPP) a vu le jour dans les années 1980. Est-ce qu'elle est encore adaptée à la diversité des parcours de vie et aux réalités actuelles?

BG: Nous avons effectivement besoin d'agir dans ce domaine. Car le travail à temps partiel, les formes de travail indépendant et salarié ainsi que les interruptions de travail entraînent d'importantes lacunes dans la prévoyance professionnelle. Il y a donc lieu de procéder à des améliorations sur le plan légal. Une déduction de coordination en pourcentage, par exemple 60% du salaire à assurer, comme cela a été négocié pour la prévoyance vieillesse 2020, représente une solution judicieuse. Ce qui permettrait notamment de pouvoir assurer toutes les formes d'emplois de manière solidaire. Mais je constate aussi un problème dans le deuxième pilier dans la mesure où les réductions de temps de travail dues à la prise en charge d'enfants ou de proches nécessitant des soins entraînent des lacunes qui doivent être supportées individuellement. Je suis clairement d'avis que nous devons introduire un cofinancement solidaire pour la LPP, comme nous l'avons fait pour l'AVS avec les bonifications pour tâches éducatives et d'assistance.

DB: La LPP est toujours axée sur des parcours professionnels linéaires à plein temps. Elle est également marquée par une répartition traditionnelle des rôles. La LPP laisse tout de même des possibilités d'aménagement aux caisses de pension. PUBLICA en a profité et a mis en œuvre de nombreuses dérogations à la LPP afin de mieux couvrir les réalités de la vie actuelle:

- La caisse de prévoyance de la Confédération n'a pas de seuil d'entrée. Une couverture d'assurance est ainsi offerte même en cas de faible taux d'occupation.
- Le travail à temps partiel n'est pas pénalisé, car la déduction de coordination est pondérée par le taux d'occupation.
- Les partenaires non mariés ont également droit à des prestations de survivants. Les personnes assurées doivent pour cela remplir et remettre le contrat de partenariat de leur vivant.
- En cas d'interruption de l'activité professionnelle (par ex. congé non payé), il y a la possibilité de maintenir l'assurance.

myPublica

Connaissez-vous le montant probable de votre retraite?

Le portail des assuré-e-s «myPublica» vous permet d'accéder à vos données de prévoyance personnelles – indépendamment du temps et du lieu. Sur «myPublica», vous pouvez effectuer des simulations exactes de votre fortune du 2^e pilier, de votre potentiel de rachat ainsi que d'un éventuel versement anticipé pour la propriété du logement (EPL). En outre, tous vos documents personnels sont consultables à tout moment. Vous pouvez effectuer des rachats pour augmenter votre avoir de vieillesse en toute simplicité par QR-facture.

<https://www.publica.ch/fr/mypublica>



L'avis de Nicolas Schmidt, membre du comité directeur de l'APC et représentant des employé-e-s à la Commission de la caisse PUBLICA, organe suprême de PUBLICA.

«En matière de prévoyance vieillesse, les rentes AVS et LPP doivent garantir le maintien du niveau de vie habituel. C'est le défi que relève la Commission de la Caisse PUBLICA. Pour ce faire, nous avons adapté la stratégie de placement: d'une part, la nouvelle stratégie prend un peu plus de risques, et, d'autre part, les actifs sont largement diversifiés afin de tenir compte des incertitudes actuelles sur les marchés. Nous espérons ainsi pouvoir générer, à long terme, des contributions supplémentaires pour les personnes assurées sous la forme de bonifications d'intérêts. Cela nous donnerait également une plus grande marge de manœuvre pour compenser l'inflation. En raison du taux de couverture, nous avons actuellement les mains liées, ce que je regrette vivement.

Ce que nous pouvons faire en tant que Commission de la Caisse, c'est adapter notre offre de prévoyance à l'évolution des modèles d'activité et des modes de vie. Nous avons déjà apporté des améliorations importantes dans ce domaine. Par exemple, les personnes travaillant à temps partiel ne se voient pas appliquer la totalité de la déduction de coordination, mais celle-ci est pondérée en fonction du taux d'occupation. La plupart des caisses de prévoyance n'ont plus de seuil d'entrée, ce qui permet d'assurer également les personnes à faible revenu ou ayant plusieurs emplois auprès de différents employeurs. De même, les personnes assurées sans certificat de mariage peuvent assurer leur partenaire avec la rente de partenaire.

Les efforts de réforme du Parlement m'inquiètent: les motions du groupe UDC, qui demandent la réduction des cotisations d'épargne ou de la part de l'employeur dans la prévoyance professionnelle, placeraient le personnel de la Confédération dans une situation nettement moins favorable – espérons que ces deux motions seront encore rejetées par le Conseil des États.

Je ne suis pas non plus convaincu par la réforme de la LPP. La réforme ne concerne pas directement les employé-e-s de la Confédération, car PUBLICA fournit des prestations qui dépassent le domaine de l'assurance obligatoire LPP et la baisse du taux de conversion n'aura donc pas d'effet pour nous. En revanche, pour les personnes assurées auprès d'autres caisses de pension ne disposant pas de parts surobligatoires, la réforme entraînera en partie une baisse des rentes. J'espère ici que le peuple pourra rejeter la réforme de la LPP en 2024. A contrario, l'initiative populaire pour une 13^e rente AVS contribuerait beaucoup à des rentes décentes.»



Nicolas Schmidt

La votazione per la 13^a mensilità AVS ci offre l'opportunità di migliorare miratamente le condizioni di vita delle pensionate e dei pensionati

Il forte rincaro, il massiccio aumento dei prezzi dell'energia, degli affitti e dei premi di cassa malati gravano sulle rendite ed erodono il potere d'acquisto. Il leggero aumento dei salari del 2,5 per cento accordato quest'anno è una goccia nell'oceano. In Parlamento gli sforzi volti a ottenere la piena compensazione del rincaro sulle rendite AVS sono stati sostenuti solo dai verdi e dalla sinistra. E la compensazione del rincaro sulle rendite delle casse pensioni rimane un miraggio. PUBBLICA non soddisfa i requisiti finanziari e il Consiglio federale continua a fare orecchie da mercante alle nostre richieste.

Il 3 marzo 2024 abbiamo l'opportunità di introdurre la 13^a mensilità AVS, concedendo finalmente anche alle pensionate e ai pensionati ciò che per la maggior parte della popolazione attiva è una realtà assodata. Prendiamo esempio da uno dei nostri vicini: il Principato del Liechtenstein corrisponde già una 13^a mensilità AVS.

Per molti pensionati e pensionate questa misura è estremamente necessaria visto che non dispongono di una cassa pensioni e con la rendita attuale faticano a condurre una vita decorosa. L'AVS è particolarmente importante per le donne, dato che spesso lavorano a tempo parziale o smettono di lavorare per alcuni anni e la loro copertura LPP risulta insufficiente.

La votazione per la 13^a mensilità AVS ci offre la grande opportunità di migliorare miratamente le condizioni di vita delle pensionate e dei pensionati e di compensare l'erosione del loro potere di acquisto. La votazione arriva inoltre al momento giusto: l'AVS è finanziariamente solida e a partire dall'anno prossimo l'imposta sul valore aggiunto verserà nelle sue casse lo 0,3 per cento in più. La 13^a AVS è la soluzione più vantaggiosa ed efficace per migliorare le rendite visto che, diversamente da quanto fanno molte casse pensioni, non riversa miliardi alla gestione patrimoniale.

Gli oggetti in votazione il 3 marzo sono tuttavia due. La seconda iniziativa, lanciata dai Giovani liberali radicali, è semplicemente asociale e va respinta senza indugi: chiede di innalzare l'età di pensionamento a 67 anni e un aumento graduale dell'età di pensionamento in funzione dell'aspettativa di vita. Questo automatismo indifferenziato va assolutamente evitato dato che non tutti vivono automaticamente più a lungo. L'aspettativa di vita dipende dal ceto sociale e dalla formazione. Ciò significa che è minore per le persone con un livello di formazione basso che lavorano in settori a basso reddito e che dovrebbero a rigor di logica poter andare in pensione prima. Un innalzamento dell'età di pensionamento va chiaramente bocciato.



Barbara Gysi

#LaCronica

Care socie e cari soci,

Il 2024 sarà un anno decisivo per la previdenza di vecchiaia in Svizzera.

Il 3 marzo saremo chiamati a votare su due oggetti importanti: l'iniziativa «Vivere meglio la pensione» con la quale sindacati e partiti di sinistra chiedono la 13^a mensilità AVS e l'iniziativa «Per una previdenza di vecchiaia sicura e sostenibile» lanciata dai Giovani liberali radicali svizzeri. Due iniziative che non potrebbero essere più diverse. Mentre la prima chiede un potenziamento, necessario da tempo, della previdenza di vecchiaia, la seconda propone dei tagli in ottica dichiaratamente neoliberale.

Si voterà in un periodo in cui il rincaro dei beni di prima necessità mette ogni giorno a dura prova le pensionate e i pensionati con rendite medio-basse. Da tempo i partiti borghesi e quelli del centro paventano la bancarotta dell'AVS. Da parte mia, attendo con interesse di scoprire con quali astrusi argomenti si presenteranno alla campagna per screditare ulteriormente l'assicurazione sociale più solidale d'Europa. La situazione dell'AVS non è del resto mai stata, nemmeno lontanamente, tanto dram-



matica come la dipingono i partiti di destra con il sostegno delle lobby di banche e assicurazioni nelle pessimistiche previsioni che propinano alla popolazione. Di fronte all'erosione delle rendite delle casse pensioni, i beneficiari di rendite medio-basse dipendono sempre più dall'AVS.

L'anno prossimo ci aspetta anche la votazione sul referendum sulla LPP che abbiamo lanciato in collaborazione con l'USS e i nostri alleati politici, raccogliendo oltre 140 000 firme, dopo che la destra con il sostegno dei partiti del centro ha affossato il compromesso raggiunto dalle parti sociali. Per garantire una revisione equilibrata e sostenibile del secondo pilastro dobbiamo bocciare il progetto in votazione. Visto l'esito delle votazioni federali che hanno rafforzato la posizione dell'UDC, guardiamo con una certa apprensione a un anno in cui saremo chiamati ad esprimerci su molti temi rilevanti in ottica sindacale. Dobbiamo serrare le fila e convincere famigliari, amici e conoscenti ad approvare la 13^a mensilità AVS. In questo numero trovate le nostre argomentazioni. Vi ringrazio fin d'ora per il vostro impegno a favore di una previdenza di vecchiaia equilibrata.

Jérôme Hayoz,
Segretario generale APC



La previdenza di vecchiaia a una svolta: che futuro vogliamo per le nostre rendite?

Gabriela Medici, [USS](#)

I prossimi mesi saranno decisivi: riusciremo a compiere un piccolo ma importante passo verso una previdenza di vecchiaia più sociale approvando la 13^a rendita AVS o la daremo ancora vinta a coloro che lanciano pericolosi attacchi sulle nostre rendite? Le banche e i datori di lavoro minacciano di portare l'età di pensionamento a 67 anni e di tagliare ulteriormente le rendite delle casse pensioni. Non lesineranno gli sforzi per riuscirci tant'è che nel primo semestre 2024 tre progetti riguardanti la previdenza di vecchiaia verranno sottoposti alla votazione popolare. L'esito delle urne sarà determinante per l'evoluzione delle rendite in Svizzera.

Situazione problematica

Si critica spesso l'ingorgo di riforme venutosi a creare a livello di politica in materia di rendite. Questo stallo non ha tuttavia nulla a che vedere con il fatto che la popolazione non voglia prendere atto della realtà o che voglia continuare a difendere le prebende irresponsabili ereditate dalle generazioni passate. Semplicemente la popolazione vuole rendite che le permettano di condurre una vita decorosa anche dopo il pensionamento. La politica in materia non può quindi essere fine a sé stessa ma deve orientarsi all'obiettivo di una previdenza di vecchiaia equa ed efficace. Purtroppo, questo è sempre meno il caso.

Nel frattempo, la metà delle persone neopensionate deve cavarsela con meno di 3500 franchi al mese (AVS e cassa pensioni insieme). Che le rendite attuali siano troppo basse è incontestato. Dobbiamo quindi chiederci come ovviarvi. Che ruolo hanno il rapporto prezzo-prestazioni e la solidarietà? La domanda è fondamentale soprattutto per le persone con un reddito medio-basso. Le classi più abbienti e i datori di lavoro devono partecipare al finanziamento della vecchiaia, come del resto era previsto anche in origine, oppure le persone anziane, che costituiscono la maggioranza della popolazione, dovranno affrontare da sole il rischio povertà?

Le cause delle rendite troppo basse vanno ricercate in parte a livello salariale. Un quarto della popolazione attiva che ha seguito un apprendistato, tra cui molte donne con compiti impegnativi e grandi responsabilità, guadagna oggi meno di 5000 franchi al mese pur lavorando a tempo pieno. Altri invece percepiscono salari da capogiro. Il divario salariale torna a farsi sentire anche in Svizzera. Le famiglie con figli e figlie, in particolare le madri, hanno redditi inferiori e a causa della mancanza o del costo eccessivo delle strutture di custodia perdono

possibilità di guadagno e opportunità di carriera. Di riflesso, percepiranno anche rendite inferiori. Eppure, per funzionare la previdenza di vecchiaia ha bisogno dei bambini.

È evidente che oggi il nostro sistema, tanto apprezzato anche nel confronto internazionale, si contraddistingue soprattutto per il fatto che solo chi rientra nelle classi salariali più elevate può andare in pensione anticipatamente percependo la rendita massima. In questo contesto non sorprende che le grandi differenze di rendita provochino malcontento e che i progetti di risanamento navighino contro vento. Infatti, anche se la nostra società è sempre più benestante, la solidarietà a livello di previdenza di vecchiaia diminuisce. La privatizzazione di questo settore continua ad accelerare. Diversamente dalle intenzioni originarie del legislatore, oggi in Svizzera nessuno può più vivere con la sola rendita AVS che si attesta in media a 1800 franchi al mese. Un importo che non è solo molto più basso rispetto al minimo esistenziale ma che è addirittura inferiore a quanto corrisposto dall'assistenza sociale. E la situazione continua a peggiorare visto che da oltre 50 anni le rendite non vengono più adeguate pienamente all'evoluzione salariale. Se la rendita AVS media fosse pari a quella del 1975 commisurata al salario medio attuale, oggi percepiremmo 500 franchi in più al mese. Questa tendenza al ridimensionamento è in corso da tempo.

L'evoluzione registrata nell'ultimo decennio dalle casse pensioni è ancora più drammatica per le lavoratrici e i lavoratori. Mentre i contributi che devono versare alla cassa pensioni aumentano, le prestazioni che ricevono diminuiscono. Concretamente, nell'ultimo decennio i contributi al secondo pilastro sono aumentati di oltre il 10 per cento, i tassi di conversione medi sono diminuiti di poco meno del 20 per cento e gli interessi sugli averi di vecchiaia sono ai minimi



storici. Le differenze tra casse pensioni sono notevoli: mentre le casse autonome concedono spesso buoni interessi, il personale percepisce dagli assicuratori solo il minimo – lo 0,15 per cento sull' avere sovraobbligatorio nel 2021, anno record delle borse. Anche Publica, la cassa pensioni della Confederazione, non è stata risparmiata tanto che le rendite segnano da anni una flessione costante. Lo si osserva soprattutto tra i neopensionati: nel 2021 la rendita mensile media per un uomo neopensionato era inferiore di oltre 200 franchi a quella corrisposta nel 2015.

Nel frattempo, il secondo pilastro è diventato la gallina dalle uova d'oro per amministratori patrimoniali, intermediarie, esperte di casse pensioni e assicuratori e le banche alimentano i timori del personale per lucrare con i loro pro-dotti del terzo pilastro. Eppure, è chiaro che questo pilastro non garantisce rendite a vita.

Nuovo contesto

Dall' inizio del 2022 la situazione è ulteriormente peggiorata. Si delineano nuove sfide. Dopo che l'anno scorso il rincaro ha sfiorato il 3 per cento, per il 2023 e il 2024 si prospetta un' inflazione di circa il 2 per cento. Senza dimenticare la drammatica esplosione dei premi di cassa malati. Entro il 2024 i/le pensionati/e dovranno fare i conti con una perdita del potere d'acquisto pari a una rendita mensile. Per quanto le rendite AVS vengano adeguate ogni due anni, l'ultimo adeguamento non ha nemmeno compensato appieno il rincaro e il prossimo non è previsto prima del 2025. Sebbene le casse pensioni possano decidere di compensare il rincaro, per gli affiliati e le affiliate a fondazioni collettive come Publica questa eventualità è esclusa addirittura per legge finché le riserve non sono pienamente garantite. Dopo le forti perdite contabili dell'ultimo anno, solo poche casse pensioni ci riescono. Trovano quindi conferma le previsioni espresse negli anni 1970: la compensazione del rincaro nel secondo pilastro per tutto il sistema funziona solo se sostenuta solidalmente.

Nell'ultimo anno non sono aumentati sensibilmente solo i prezzi ma anche gli interessi. Questa evoluzione dà stabilità al secondo pilastro ma gli assicurati e le assicurate non ne hanno ancora percepito i benefici. Anzi. I tassi di conversione e le rendite sono diminuiti di nuovo nell'anno in corso e la tendenza si conferma anche per il 2024. La richiesta dei sindacati di porvi un limite è caduta nel vuoto. Di fatto, le casse non hanno mai potuto disporre di garanzie come oggi ma gli assicurati ne traggono ben pochi vantaggi. In seno a diverse casse pensioni, tra cui Publica, si discute se e come migliorare le prestazioni. Questo è fondamentalmente positivo ma cela nuove sfide visto che non tutti gli assicurati e le assicurate sono interessati/e nella stessa misura dalle evoluzioni di cui sopra. Le più colpite sono le persone attive con più di 55 anni e i/le neopensionati/e. Le persone attive più giovani sono meno esposte anche perché hanno appena iniziato ad accumulare il loro avere di vecchiaia e gli interessi non giocano un ruolo particolarmente importante. Inoltre, devono versare contributi minori: il salario assicurato per i giovani è più basso e le deduzioni aumentano con l'età. Nel loro caso incide piuttosto la situazione sul fronte degli interessi e delle rendite in ottica futura.

Tempo per prospettive future adeguate

Oggi la previdenza di vecchiaia non viene messa sostanzialmente in discussione ma i datori di lavoro e la maggioranza borghese in Parlamento sembrano ignorare la promessa sancita dalla legge secondo cui le rendite sarebbero state tali da permettere una vita dignitosa. Non solo. Invece di colmare il divario sempre più ampio, padronato, banche e lobby parlamentari acuiscono il problema proponendo di innalzare l'età di pensionamento a 67 anni e di ridurre ulteriormente le rendite delle casse pensioni. Oggi la previdenza di vecchiaia deve quindi trovare risposte alle grandi domande sulla distribuzione. La ricca Svizzera offrirà ancora una prevenzione di vecchiaia adeguata e solidale? Oppure le banche e le assicurazioni riusciranno nel loro intento di privatizzare ulteriormente la previdenza di vecchiaia potenziando il terzo pilastro? Di questo passo, solo chi rientra nelle fasce salariali più alte potrà beneficiare di una buona rendita mentre gli altri dovranno cavarsela con rendite basse e altri aiuti sociali.

I sondaggi lo confermano regolarmente: urgono soluzioni. Per l'USS è evidente che chi ha lavorato una vita intera merita una buona pensione e, per allentare le tensioni, propone di potenziare l'AVS. La 13^a AVS offrirebbe un contributo adeguato, rapido e sostenibile in questo senso ma purtroppo i grandi vantaggi di questa assicurazione sono troppo poco conosciuti. Molti ritengono ad esempio che abbia problemi finanziari mentre in realtà dispone di un patrimonio di 40 miliardi di franchi e in futuro registrerà anno dopo anno eccedenze per 1,5 miliardi. Inoltre, risente della cattiva luce in cui la pongono le banche, infastidite dal fatto che non porta acqua al loro mulino. Eppure, la stessa UBS ha dovuto ammettere prima della pausa estiva che, per garantire un buon equilibrio finanziario dell'AVS a lungo termine, basterebbe un modesto aumento dei contributi dello 0,7 per cento pur mantenendo l'età di pensionamento a 65 anni. Se si considera che i salari reali sono aumentati di poco meno dell'1 per cento l'anno, ciò significa che un'AVS finanziariamente stabile costerebbe meno di un aumento salariale. Questo è possibile grazie alla genialità del meccanismo applicato, in base al quale chi percepisce salari a sei cifre deve pagare la propria parte a favore delle fasce medio-basse. Il 10 per cento della popolazione più ricca contribuisce al finanziamento delle rendite delle persone con redditi modesti. Su questo fa leva l'iniziativa popolare per la 13^a AVS che, calcolata su una rendita AVS media, si quantifica in un incremento di circa 150 franchi al mese sia per i/le pensionati/e attuali sia per quelli futuri. La 13^a AVS si riallaccia al sistema ampiamente comprovato degli accrediti per compiti educativi e assistenziali. Rafforza la considerazione per il lavoro non remunerato nell'assistenza alle persone anziane, senza far lievitare inutilmente i costi per le persone con redditi medio-bassi, il cui potere d'acquisto è già fortemente eroso dalla diminuzione dei salari reali e dall'aumento del costo della vita.

Anche a livello di secondo pilastro, tuttavia, bisogna incrementare la solidarietà, non ridurla. A tal fine bisogna prima di tutto evitare ulteriori misure di smantellamento. Ricordiamo che la riforma decisa dal Parlamento comporta un drastico aumento dei contributi salariali (in parte fino all'8 per cento) alle casse pensioni esposte al rischio di crisi senza compensazione del rincaro. Le rendite garantite dovrebbero invece subire riduzioni fino a 270 franchi al mese. Nota bene, tutto ciò senza intaccare le lucrative possibilità di guadagno per assicuratori privati e broker né l'ottimizzazione fiscale per i salari più elevati. E mentre il rincaro e la stangata dei premi di cassa malati compromettono drasticamente il potere d'acquisto delle persone al beneficio della pensione, il Parlamento punta a una riforma delle casse pensioni che non considera minimamente il fatto che a livello di secondo pilastro il rincaro non viene compensato. Questo progetto non è sostenibile né efficace soprattutto per le persone che lavorano a tempo parziale o che percepiscono salari modesti, quindi in particolare per le donne. Non sorprende che tra gli oppositori figurino proprio i datori di lavoro attivi nei settori in cui vengono corrisposti salari bassi. Parallelamente occorre provvedere affinché finalmente anche gli assicurati possano beneficiare dei rendimenti migliori delle casse pensioni. Come è giusto che sia. L'opportunità per compiere un primo passo nella giusta direzione c'è: cogliamola!

Le rendite di PUBLICA non devono diminuire ulteriormente!



© AdobeStock

Gli ultimi dieci anni sono stati caratterizzati dai tagli nel secondo pilastro anche per il personale federale. I tassi di conversione e le rendite sono diminuiti in modo massiccio. Nonostante il rialzo dei tassi di interesse e il forte rincaro che gravano sull'economia e sulla popolazione, la maggioranza borghese in Parlamento si ostina a non volerne tenere conto a livello di previdenza di vecchiaia. L'anno prossimo, grazie al successo del referendum, popolo e Cantoni saranno chiamati ad esprimersi in merito alla riforma della previdenza professionale decisa dal Parlamento (riforma LPP). I tagli che comporterà riguardano anche il personale federale. Come se non bastasse, le rendite sono messe in pericolo da due altre mozioni della frazione UDC che attaccano frontalmente i contributi del datore di lavoro a Publica. La palla è ora nel campo del Consiglio degli Stati. La revisione della LPP riguarda anche le casse pensioni nel regime sovraobbligatorio.

Questa politica ha conseguenze dirette per le pensionate e i pensionati che, senza la compensazione del rincaro nel secondo pilastro, perdono potere d'acquisto. Invece di compensare questa perdita, la politica mira a ridurre ulteriormente le rendite. L'APC chiede che le rendite vengano adeguate al rincaro sia oggi sia in futuro. Il potere d'acquisto va mantenuto soprattutto in tempo di crisi. Occorre tenere conto anche della generazione più colpita dall'aumento dell'età pensionabile, che per il resto della propria vita professionale percepirà un salario netto inferiore a causa dell'aumento dei contributi. Non è ammissibile che proprio questa fetta di popolazione possa

sperare solo in rendite stagnanti se non addirittura in calo. Per questo bisogna votare un NO deciso alla revisione della LPP.

Bisognerà invece consegnare alle urne un chiaro SÌ all'iniziativa volta a introdurre la 13^a mensilità AVS. Lanciata da sindacati, associazioni del personale e partiti di sinistra, questa iniziativa necessita della maggioranza del popolo oltre che di quella dei Cantoni. La 13^a AVS non migliorerebbe sensibilmente solo la posizione delle pensionate e dei pensionati con rendite basse ma anche quella di coloro che percepiscono rendite medie. Si tratta di una misura estremamente necessaria in un periodo in cui il rincaro segna una forte crescita. Per questi motivi l'APC sostiene la campagna promossa dall'Unione sindacale svizzera (USS) attivamente, ma anche finanziariamente in qualità di membro.

Jérôme Hayoz, segretario generale APC



Pensioni: intervista con Barbara Gysi, consigliera nazionale e presidente dell'APC...

Intervista:
Luc Python

La revisione della LPP verrà sottoposta al voto popolare nel 2024. Una parte degli esperti e delle esperte in materia di previdenza per la vecchiaia la ritiene indispensabile per garantire il futuro del secondo pilastro. Altri sostengono che segni l'uscita del secondo pilastro dalle assicurazioni sociali. Lei cosa ne pensa?

Barbara Gysi: il Parlamento ha spinto la revisione in una direzione che costerà cara alle persone con salari bassi e alle PMI e che non permetterà di raggiungere l'obiettivo di garantire il livello delle rendite. Il progetto ben calibrato, frutto del compromesso tra i partner sociali, che prevedeva di compensare l'abbassamento del tasso di conversione con modalità solidali, è stato spazzato via e l'obiettivo originario di una rendita decorosa non può essere raggiunto per buona parte della popolazione. La revisione è molto costosa. Le perdite dovranno essere finanziate quasi interamente dagli assicurati e dalle assicurate.

Davanti al miglioramento della situazione sul fronte dei tassi e all'evidenza che ogni anno parecchi miliardi di franchi confluiscono nella gestione patrimoniale (e vengono incassati da banche e altri attori), è giusto chiedersi se è veramente necessario abbassare i tassi di conversione.

Anche se prevede miglioramenti assicurativi per le persone che lavorano a tempo parziale, il progetto è molto costoso e grava soprattutto sui redditi bassi con deduzioni salariali elevate. Denaro che viene a mancare in seguito. La rendita che queste persone percepiranno in età avanzata non sarà sufficiente e non beneficeranno di prestazioni complementari.

È chiaro che per la maggior parte del personale che deve investire molto più denaro nella previdenza di vecchiaia è molto meglio versarlo all'AVS: è più sociale e assicura rendite migliori in tempi brevi.

Doris Bianchi: il tasso minimo di conversione attuale (6,8%) è stato fissato sulla base di stime degli interessi e calcoli demografici che non corrispondono più alla realtà. Ne consegue un finanziamento trasversale che nella sua portata risulta estraneo al sistema della previdenza professionale.

Non è quindi necessario ridurre il tasso minimo di conversione, anche se il Parlamento si è detto favorevole a un abbassamento importante in tempi brevi che comporterà peggioramenti nella previdenza professionale obbligatoria. Per stabilizzare il livello delle rendite si dovrà quindi aumentare l'ave di risparmio. Più forte sarà il calo, maggiore dovrà essere l'aumento dell'ave di risparmio, ad esempio sotto forma di un aumento dei contributi. Inoltre, più rapidamente verrà abbassato il tasso minimo di conversione, meno tempo rimane per compensare la riduzione delle rendite risparmiando di più. Servono quindi sussidi per la generazione di transizione. Questa misura è fortemente contestata nell'ambito della revisione in atto.

Le misure di attenuazione sono state oggetto di accese discussioni anche nelle due revisioni della LPP proposte nel 2010 e nel 2017 tanto che entrambe sono state bocciate. Solo nel 2003, in occasione della prima revisione della LPP, è stato possibile trovare un consenso sull'abbassamento del tasso minimo di conversione senza intaccare il livello delle rendite. Il Parlamento aveva optato per un abbassamento spalmato su un periodo più lungo che permetteva di potenziare il processo di risparmio. Secondo me, questa sarebbe stata la soluzione più ragionevole.

Diverse mozioni parlamentari chiedono una riduzione dei contributi del datore di lavoro nel secondo pilastro per il personale dell'amministrazione federale e del settore dei Politecnici. Se venissero accettate, assisteremo a un peggioramento delle condizioni di lavoro nel settore della previdenza di vecchiaia per il personale federale. Quali condizioni offrono imprese o amministrazioni più o meno equivalenti?

BG: molti datori di lavoro e amministrazioni pubbliche offrono al loro personale soluzioni LPP interessanti, simili a quelle dell'Amministrazione federale. La Confederazione e il settore dei Politecnici avranno difficoltà a reclutare il personale necessario visto che questi peggioramenti sono importanti.

...e Doris Bianchi, direttrice di PUBBLICA



DB: il personale federale dispone di una solida previdenza professionale simile a quella offerta dalle casse pensioni di diritto pubblico o delle grandi aziende. Il confronto tra piani di previdenza mostra alcune differenze: fino ai 44 anni PUBBLICA presenta gli accrediti di vecchiaia piuttosto bassi mentre a partire dai 45 anni sono migliori e la progressione è più marcata. Il tasso di conversione del 5,09 per cento a 65 anni rispecchia quello di casse equivalenti ma è inferiore al tasso medio della totalità degli istituti di previdenza, che attualmente si attesta al 5,4 per cento. Negli ultimi anni le casse paragonabili a PUBBLICA hanno corrisposto in media interessi più alti sugli averi di vecchiaia.

Diversamente dalle casse simili, le rendite in caso di invalidità sono calcolate in base al primato dei contributi. Fa stato l'aver risparmiato. Le casse di diritto pubblico si basano invece sull'ultimo salario assicurato. Un vantaggio per le collaboratrici e i collaboratori più anziani.

Quali effetti ha l'inflazione per le pensionate e per gli assicurati attivi?

BG: il rincaro tocca le pensionate e gli assicurati attivi nella stessa misura. Ecco perché ci battiamo sia per la piena compensazione del rincaro sia per i dipendenti sia sulle rendite. I pensionati e le pensionate hanno perso potere d'acquisto e questa perdita va compensata almeno in parte.

DB: le rendite di vecchiaia nella previdenza professionale non vengono adeguate automaticamente al rincaro. La cassa pensioni può decidere un adeguamento in funzione delle proprie capacità finanziarie. Secondo la legge sul personale federale (LPers) PUBBLICA lo può fare solo se ha un grado di copertura di almeno il 115 per cento. Il rincaro tocca anche le persone assicurate visto che l'aver risparmiato perde valore in termini reali. L'interesse corrisposto dipende dalle possibilità finanziarie della cassa. Se il rendimento e il grado di copertura sono bassi, l'interesse può risultare inferiore all'inflazione.

La legge sulla previdenza professionale è entrata in vigore negli anni 1980. È ancora in grado di rispondere alla realtà attuale?

BG: effettivamente andrebbe aggiornata visto in particolare che il lavoro a tempo parziale, nuove forme di lavoro indipendente o dipendente come pure le interruzioni dell'attività lavorativa producono importanti vuoti nella previdenza professionale, cui il legislatore dovrebbe ovviare. Una buona soluzione potrebbe essere quella di introdurre una deduzione di coordinamento in percentuale. Si potrebbe, ad esempio, assicurare il 60 per cento del salario come negoziato nell'ambito della previdenza di vecchiaia 2020. Si dovrebbe inoltre poter assicurare sotto lo stesso cappello il plurimpiego. Personalmente vedo però anche un altro problema nel secondo pilastro: la riduzione del tempo di lavoro per accudire i figli o familiari bisognosi di cure genera delle lacune cui il singolo deve far fronte personalmente. Penso che la LPP dovrebbe prevedere un sistema di finanziamento solidale come quello degli accrediti educativi e assistenziali nell'AVS.

DB: la LPP è tuttora pensata per carriere lineari con impieghi a tempo pieno e parte da una ripartizione tradizionale dei ruoli. Lascia tuttavia alle casse pensioni buone possibilità di manovra. PUBBLICA le ha usate applicando numerose deroghe per rispondere meglio alla realtà attuale.

- La cassa di previdenza della Confederazione non prevede una soglia d'entrata. La protezione assicurativa è garantita anche per le piccole percentuali d'occupazione.
- Chi lavora a tempo parziale non è svantaggiato/a dato che la deduzione di coordinamento dipende dalla percentuale lavorativa.
- Anche le persone che vivono in concubinato hanno diritto alle prestazioni per i superstiti. Le persone assicurate devono compilare e presentare in vita un contratto di convivenza.
- In caso di interruzione dell'attività lavorativa (o di congedo non pagato) esiste la possibilità di restare assicurati.

myPublica

Sapete a quanto ammonterà prevedibilmente la vostra rendita?

Nel portale per assicurati/e e beneficiari di rendita «myPublica» avete accesso ai vostri dati previdenziali personali – in qualsiasi momento e ovunque vi troviate. Potete effettuare simulazioni esatte per il vostro patrimonio del secondo pilastro e il potenziale di riscatto, ma anche per un eventuale prelievo anticipato per la promozione della proprietà d'abitazioni (PPA). È infine possibile consultare tutti i vostri documenti ed effettuare comodamente con fattura QR i pagamenti per i riscatti volti ad aumentare il vostro avere di vecchiaia.

<https://www.publica.ch/it/mypublica>



L'opinione di Nicolas Schmidt, membro del comitato direttivo APC e rappresentante del personale nella Commissione delle casse di PUBLICA, l'organo supremo di PUBLICA.

L'AVS e le rendite LPP devono permettere di mantenere il livello di vita abituali anche durante il pensionamento. Per rispondere a questa sfida, che riguarda anche la commissione di cassa di PUBLICA, abbiamo adeguato la strategia d'investimento. Da un canto, ci assumiamo qualche rischio in più e, dall'altro, abbiamo diversificato il portafoglio degli investimenti per tenere conto delle incertezze che attualmente contraddistinguono i mercati. Con queste scelte speriamo di aumentare a lungo termine le prestazioni sotto forma di interessi sul credito per le persone assicurate. Beneficeremo inoltre di uno spazio di manovra maggiore per compensare l'inflazione ma al momento, visto il grado di copertura insufficiente, abbiamo le mani legate e me ne dispiaccio profondamente.

Come commissione di cassa possiamo tuttavia adeguare la nostra offerta previdenziale ai nuovi modelli di lavoro e di vita. Del resto, abbiamo già apportato importanti miglioramenti. Ad esempio, non addebitiamo più interamente la deduzione di coordinamento a chi lavora a tempo parziale ma la calcoliamo in base alla percentuale lavorativa. La maggior parte degli istituti di previdenza hanno inoltre abolito la soglia d'entrata in modo da permettere anche alle persone con redditi bassi o più impieghi presso datori di lavoro diversi di assicurarsi. Infine, le persone assicurate possono garantire al loro partner una rendita anche senza un certificato di matrimonio (rendita per conviventi).

Mi preoccupano i tentativi di riforma promossi dal Parlamento. Le mozioni lanciate dalla frazione UDC volte a ridurre i contributi di risparmio e la quota a carico del datore di lavoro avrebbero pesanti conseguenze per il personale federale. C'è da sperare che il Consiglio degli Stati le respinga.

Nemmeno la riforma LPP mi convince, sebbene non riguardi direttamente il personale della Confederazione. PUBLICA fornisce infatti prestazioni che vanno oltre il regime obbligatorio a tenore della LPP. Una riduzione del tasso di conversione non avrebbe grandi conseguenze per noi. Per gli assicurati di altre casse pensioni che non coprono la parte sovraobbligatoria, tuttavia, la riforma comporta importanti perdite. Qui confido nel popolo e lo invito a respingere la riforma sulla quale sarà chiamato a votare nel 2024. Sarei per contro molto grata se venisse accolta l'iniziativa popolare per la 13ª mensilità AVS che migliorerebbe sensibilmente le rendite.



Nicolas Schmidt

SUDOKU

4		2		6		7		9
		1				5		
			2	8	5			
		9		5		1		
3		5	8		4	6		7
		7		9		2		
			6	7	8			
		8				4		
9		3		2		8		6



Entre temps, on peut au moins utiliser les signatures contre la réforme de la LPP pour stabiliser la prévoyance.
 Almeno possiamo utilizzare tutte le firme raccolte contro la revisione della LPP per stabilizzare a medio termine la previdenza.



Hypothèques à taux préférentiel pour les membres de l'APC



Profitez de conditions préférentielles sur les hypothèques à taux fixe, à durée échelonnée également. Vous pouvez convenir votre taux d'intérêt jusqu'à 12 mois à l'avance. Par ailleurs, nous vous faisons cadeau des frais de dossier.

Pour de plus amples informations: bcbe.ch/apc

Solidarität macht uns stärker!

Sie sind noch nicht Mitglied beim PVB? Jetzt mitmachen! Sie profitieren von Beratung und Unterstützung in Ihrem beruflichen Umfeld und vielen weiteren Vorteilen! Mit Ihrer Mitgliedschaft stärken Sie den PVB auch aktiv bei Themen, die Ihnen wichtig sind: sichere Arbeitsplätze, Lohngerechtigkeit, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, faire Renten.

Für alle unsere Mitglieder, die uns an ihre Kolleg:innen weiterempfehlen; Sie erhalten von uns CHF 50.– als Dankeschön für jede neue Mitgliedschaft! Wir zählen auf Ihre Unterstützung!

www.pvb.ch/mitgliedschaft

La solidarité nous rend plus fort-e-s!

Pas encore membre de l'APC? Adhérez maintenant! Vous profitez de conseils et d'un soutien dans votre environnement professionnel et de nombreux autres avantages! Avec votre adhésion, vous renforcez aussi activement l'APC dans des questions qui sont importantes pour vous toutes et tous: des emplois sûrs, une justice salariale, un meilleur équilibre entre vie professionnelle et vie privée, des rentes équitables.

A tou-te-s nos membres qui nous recommandent à leurs collègues, vous recevez 50.– en guise de remerciement pour chaque nouvelle adhésion! Merci pour votre soutien !

www.pvb.ch/fr/devenir-membre

La solidarietà ci rende più forti!

Non siete ancora socia/socio dell'APC? Partecipate ora! Potete beneficiare dei consigli e del sostegno nel proprio ambiente professionale e di molti altri vantaggi! Con la vostra adesione rafforzate anche attivamente l'APC nelle questioni che sono importanti per voi: posti di lavoro sicuri, giustizia salariale, un migliore equilibrio tra lavoro e vita privata, pensioni eque.

Tutti i nostri membri che ci raccomandano ai loro colleghi / alle loro colleghe, riceveranno 50.– come ringraziamento per ogni nuova adesione! Grazie per il vostro sostegno!

www.pvb.ch/fr/devenir-membre

Impressum

Erscheinungsweise: 4-mal pro Jahr

Redaktion:

Wabernstrasse 40, 3007 Bern

Redaktor:innen: Norma Giannetta, Mélanie Glayre, Jérôme Hayoz, Luc Python

Redaktionsteam: Mélanie Glayre, Anna Holm, Natascha Krebs, Noemi Zbinden

Tel. +41 (0)31 938 60 61

E-Mail: redaktion@pvb.ch, www.pvb.ch

Druck und Expedition:

Stämpfli Kommunikation

Wölflistrasse 1, Postfach, 3001 Bern

Tel. +41 (0)31 300 66 66

Adressänderungen:

Mutationsdienst PVB

Wabernstrasse 40, 3007 Bern

E-Mail: pvb@pvb.ch

Tel. +41 (0)31 938 60 61

Inseratenverwaltung:

Personalverband des Bundes (PVB)

pvb@pvb.ch

Tel. +41 (0)31 938 60 61

WEMF-beglaubigte Auflage: 8556 Exemplare
